

Thomas Brockmeier

Wettbewerb und Unternehmertum in der Systemtransformation:

Das Problem des institutionellen Interregnums
im Prozeß des Wandels von Wirtschaftssystemen

Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft

Herausgegeben von

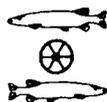
Prof. Dr. Gernot Gutmann, Köln
Dr. Hannelore Hamel, Marburg
Prof. Dr. Klemens Pleyer, Köln
Prof. Dr. Alfred Schüller, Marburg
Prof. Dr. H. Jörg Thieme, Düsseldorf

Unter Mitwirkung von

Prof. Dr. Dieter Cassel, Duisburg
Prof. Dr. Karl Hans Hartwig, Münster
Prof. Dr. Hans-Günter Krüsselberg, Marburg
Prof. Dr. Ulrich Wagner, Pforzheim

Redaktion: Dr. Hannelore Hamel

Band 59: Wettbewerb und Unternehmertum in der System-
transformation: Das Problem des institutionellen
Interregnums im Prozeß des Wandels von Wirt-
schaftssystemen

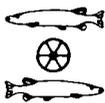


Lucius & Lucius · Stuttgart · 1998

Wettbewerb und Unternehmertum in der Systemtransformation:

**Das Problem des institutionellen Interregnums
im Prozeß des Wandels von Wirtschaftssystemen**

Thomas Brockmeier



Lucius & Lucius · Stuttgart · 1998

Anschrift des Autors:

Dr. Thomas Brockmeier
Institut für Genossenschaftswesen
an der Philipps-Universität Marburg
Am Plan 2
D-35032 Marburg

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Brockmeier, Thomas:

Wettbewerb und Unternehmertum in der Systemtransformation
/ Thomas Brockmeier. Stuttgart : Lucius und Lucius 1998

(Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft; Bd. 59)

Zugl.: Marburg, Univ. Diss. 1997

ISBN 3-8282-0097-4

NE: Brockmeier, Thomas; GT

© Lucius & Lucius Verlags-GmbH • Stuttgart • 1998

Gerokstraße 51 • D-70184 Stuttgart

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und Einband: ROSCH-BUCH Druckerei GmbH, 96110 Scheßlitz
Printed in Germany

ISBN 3-8282-0097-4

ISSN 1432-9220

Inhalt:

Vorwort..... 1

KAPITEL 1: PROBLEMSTELLUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG 7

1. Grundsätzliche Anmerkungen..... 7

2. Systemtransformation und „institutionelles Interregnum“ 9

3. Methodik und Aufbau der Arbeit..... 15

4. Das (Schein-)Problem der „Empirielosigkeit“ 19

**KAPITEL 2: ÖKONOMISCHE TRANSFORMATIONSFORSCHUNG:
DARSTELLUNG UND KRITIK**..... 23

1. Grundsätzliche Anmerkungen zum Transformationsproblem 23

 1.1. Terminologische Grundlagen 23

 1.1.1. Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung..... 23

 1.1.2. Transformation und Reform..... 25

 1.2. Theoretische Grundlagen..... 26

 1.2.1. Der Ausgangspunkt: Gibt es ein allgemeines Theoriedefizit? 26

 1.2.2. Das Problem: Die Komplexität des Transformationsphänomens 30

 1.2.2.1. Das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ von politischer und wirtschaftlicher Transformation 30

 1.2.2.2. Zur Notwendigkeit einer interdisziplinären Transformationstheorie 33

 1.2.2.3. Bausteine einer ökonomischen Theorie der Transformation 34

 1.2.2.4. Empirischer Exkurs/historischer Rückblick: Der Zusammenbruch der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaften 37

 1.2.2.4.1. Die systemimmanenten Schwächen der Zentralverwaltungswirtschaft 37

 1.2.2.4.2. Wirtschaftsreformen im realen Sozialismus..... 46

 1.2.2.4.3. Das Scheitern der Reform und der Zwang zur Transformation 50

 1.2.3. Der Lösungsansatz: Transformationstheorie als eine „Theorie komplexer Phänomene“ 52

2. Entwicklung, aktueller Stand und Defizite der traditionellen ökonomischen Transformationsforschung.....	56
2.1. Die überholte Strategiedebatte „Schocktherapie versus Gradualismus“	56
2.1.1. Inhalt und Gegenstand der Debatte	57
2.1.2. Kritische Würdigung der Debatte aus erkenntnis- bzw. wissenschaftstheoretischer Perspektive: Fruchtbare Auseinandersetzung oder bloße „Spiegelfechtere“?	64
2.1.3. Die Anschlußdebatte über „Timing and Sequencing“	72
2.1.4. Abschließende Beurteilung: Systemtransformation und die „Anmaßung von Wissen“	77
2.2. Transformation versus Evolution: Das Dilemma zwischen gewünschter Gestaltbarkeit und prinzipieller Offenheit des Transformationsprozesses und die Sehnsucht der Politik nach einer normativen Transformationstheorie.....	82
2.3. Defizite des neoklassisch-monetaristischen „Main Streams“: Illusion eines mikroökonomischen Anpassungsautomatismus und Vernachlässigung des Interdependenzproblems	85
2.3.1. Defizite im Bereich „Unternehmertum, Innovation, wirtschaftliche Entwicklung“ oder: Der mikroökonomische Attentismus der traditionellen Transformationsforschung.....	85
2.3.2. Defizite im Bereich „Ordnungstheorie und - politik“ oder: Die Vernachlässigung des Interdependenzproblems	90
3. Die Alternative: Entwurf einer „synthetischen“ Transformationstheorie.....	93
3.1. Grundlagen einer unternehmerischen Perspektive	93
3.2. Zur ordnungspolitischen Perspektive im Transformationsprozeß.....	95
 KAPITEL 3: INSTITUTIONEN, WETTBEWERB UND UNTERNEHMERTUM: DAS INSTITUTIONELLE INTERREGNUM UND DIE UNTERNEHMERISCHE PERSPEKTIVE IM TRANSFORMATIONSPROZEß.....	105
Vorbemerkung.....	105
1. Institutionen und Wettbewerb: Rahmen und Bindeglied für die Verknüpfung von unternehmerischer und ordnungstheoretischer Perspektive.....	110
1.1. Das Grundproblem: Die Entdeckung „kluger Produktionsumwege“	110
1.2. Wettbewerbstheoretische Grundlagen.....	116
1.2.1. Wettbewerbstheorie versus Preistheorie	116
1.2.2. Einige wettbewerbstheoretische Ansätze im Überblick.....	117

1.3. Grundlagen einer Theorie des Unternehmertums: Unternehmertypen und die Determinanten unternehmerischen Verhaltens - ein erster Überblick.....	124
1.4. Institutionelle Voraussetzungen von Wettbewerb und Unternehmertum.....	126
1.4.1. Institutionen und institutioneller Wandel.....	127
1.4.1.1. Grundsätzliche Anmerkungen.....	127
1.4.1.2. Idealtypus 1: Gewachsene bzw. „spontane“ Ordnung nach von Hayek	132
1.4.1.3. Idealtypus 2: Gesetzte Ordnung nach Eucken.....	140
1.4.1.4. Grundlage eines Realtypus: Das Amalgam aus formellen und informellen Institutionen.....	141
1.4.2. Institutionen und institutionelles Interregnum: Zur Pfadabhängigkeit des institutionellen Wandels.....	144
1.4.2.1. Grundsätzliche Anmerkungen.....	144
1.4.2.2. Die theoretische Basis: Pfadabhängigkeit und technologischer Wandel	151
1.4.2.3. Die Anwendung: Pfadabhängigkeit und institutioneller Wandel als Problem der Systemtransformation	156
1.5. Zwischenergebnis und Ausblick.....	161
2. Unternehmertum und Systemtransformation	174
2.1. Innovatives Unternehmertum: Der schöpferische Unternehmer nach Joseph A. Schumpeter	174
2.1.1. Der Zusammenhang von Unternehmertum, Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung	174
2.1.1.1. Innovation und wirtschaftliche Entwicklung	174
2.1.1.2. Innovationswettbewerb als „schöpferische Zerstörung“	176
2.1.1.3. Funktionaler Unternehmerbegriff und die Motive des „schöpferischen Unternehmers“.....	177
2.1.2. Determinanten innovativen (Unternehmer-)Verhaltens: Das „Filter-Modell“ nach J. Röpke.....	181
2.1.2.1. Der Filter „Dürfen“: Innovationsfreundliche Handlungsrechte (Property Rights).....	182
2.1.2.2. Der Filter „Können“: Kognitive und motivationale Kompetenzen als innovationsrelevante Fähigkeiten	190
2.1.2.3. Der Filter „Wollen“: Mittelschwere Aufgaben als innovationsaktivierende Umweltherausforderungen	199
2.1.3. Schöpferisches Unternehmertum und Systemtransformation im Lichte des Filtermodells.....	201
2.1.3.1. Innovationsfreundliche Handlungsrechte und Transformation	201
2.1.3.2. Innovationsrelevante Fähigkeiten und Transformation.....	210
2.1.3.3. Innovationsaktivierende Umweltherausforderungen und Transformation.....	214

2.2. Arbitrage-Unternehmertum: Der findige Unternehmer nach Israel	
Kirzner.....	223
2.2.1. Grundsätzliche Anmerkungen.....	223
2.2.2. Wettbewerb und Unternehmertum als „Einheit“	225
2.2.2.1. Der „findige“ Unternehmer als treibende Kraft des Markt- prozesses	225
2.2.2.2. Marktwissen, Markttest, Wettbewerb: Der Marktprozeß als Lernprozeß	228
2.2.3. Kirznerns und Schumpeters Unternehmer- und Wettbewerbs- verständnis sowie das Zusammenspiel verschiedener Antriebskräfte im Vergleich	229
2.2.3.1. Zum Verhältnis von Arbitrage und Innovation	229
2.2.3.2. „Überschüsse“ und Realkapitalbildung: Zur Bedeutung der Akkumulation	233
2.2.3.3. Das Zusammenwirken von Arbitrage, Akkumulation und Innovation	236
2.3. Unternehmertum und Einzelmarkt Betrachtung: Unternehmertypologie und Marktphasenschema nach Ernst Heuß.....	242
2.3.1. Grundsätzliche Anmerkungen.....	242
2.3.1.1. Zur Integration der Figur des Unternehmers in den Markt(prozeß)	242
2.3.1.2. Die Marktphasentheorie im Überblick.....	244
2.3.2. Der (spontan) imitierende und der (unter Druck) reagierende Unter- nehmer als „Vehikel“ von Arbitrage und Akkumulation	247
2.4. Routine-Unternehmertum: Zum Unternehmervverständnis der Neo- klassik.....	252
2.4.1. Grundsätzliche Anmerkungen: Die „naive“ Variante des neoklassi- schen Unternehmerbegriffs.....	252
2.4.2. Das Modell von Theodore W. Schultz: Die „aufgeklärte“ Variante des Routine-Unternehmers	254
2.5. Zusammenfassende Gesamtbetrachtung: „Nicht-schöpferisches“ Unter- nehmertum und Systemtransformation im Lichte des Filtermodells.....	258

**KAPITEL 4: ZUM PRIMAT DER ORDNUNGSPOLITIK IM TRANS-
FORMATIONSPROZEß: DIE ORDNUNGSPOLITISCHE
PERSPEKTIVE FÜR DIE LÖSUNG DES INTERDEPEN-
DENZ-PROBLEMS..... 271**

**Vorbemerkung: Systemtransformation als Kampf um formale und
materielle Freiheit..... 271**

1. Liberalisierung 276

- 1.1. Liberalisierung im weitesten Sinne: Schaffung einer „Offenen Gesell-
schaft freier Menschen" 276
 - 1.1.1. Das Ziel einer neuen Gesellschaftsordnung 276
 - 1.1.2. Zur Bedeutung abstrakter Regeln für die Schaffung und Sicherung
von Freiheit..... 277
 - 1.1.3. Organisationen, konkrete Regeln und die Vernichtung von Freiheit..... 279
- 1.2. Liberalisierung im engeren Sinne: Schaffung einer Marktordnung 281
 - 1.2.1. Wohlstand durch „laissez faire“?! 282
 - 1.2.2. Euckens Konzept der Wettbewerbsordnung - die konstituierenden
Prinzipien „funktionsfähiger Preismechanismus“ und „Offenheit
der Märkte“ als theoretische Basis..... 286
 - 1.2.3. Liberalisierung als Transformationsaufgabe: Zur Anwendung der
Prinzipien „freie Preisbildung“ und „Öffnung der Märkte“ im Rah-
men der Transformation 287
 - 1.2.3.1. Grundsätzliche Anmerkungen..... 287
 - 1.2.3.2. Der Zusammenhang von binnen- und außenwirtschaftlicher
Liberalisierung: Zum Verhältnis von Transformation und Inte-
gration 290
 - 1.2.3.3. Außenwirtschaftliche Liberalisierung im engeren Sinne 298
 - 1.2.3.3.1. Handelspolitische Liberalisierung 299
 - 1.2.3.3.2. Währungspolitische Liberalisierung 302

2. Stabilisierung..... 310

- 2.1. Stabilisierung im weitesten Sinne: Schaffung von „Systemvertrauen“ 310
 - 2.1.1. Das Ziel: Stabilisierung der Erwartungen 310
 - 2.1.2. Das (konstituierende) Prinzip: Konstanz der Wirtschaftspolitik 314
- 2.2. Stabilisierung im engeren Sinne: Makroökonomische (monetäre) Stabi-
lisierung 316
 - 2.2.1. Das Grundproblem der monetären Stabilisierung: Zum „Primat der
Währungspolitik“ 317
 - 2.2.2. Exkurs: Geld ohne Freiheit in Zentralverwaltungswirtschaften 318

2.2.3. Abbau des Geldüberhangs: Bestandsgrößenstabilisierung zu Beginn der Transformation	321
2.2.4. Schaffung eines zweistufigen Bankensystems und Stromgrößenstabilisierung durch eine stabilitätsorientierte Geldpolitik	324
2.2.4.1. Unabhängigkeit der Zentralbank	324
2.2.4.2. Geschäftsbanken als Universalbanken	327
2.2.5. Schaffung eines funktionsfähigen Kapitalmarktes.....	331
2.2.6. Stabilitätsorientierte Fiskalpolitik: Budgetdisziplin als Grundsatz.....	334
3. Privatisierung	339
3.1. Privatisierung im weitesten Sinne: Schaffung einer Privatrechtsordnung ...	339
3.1.1. Grundsätzliches zu Begriff und Inhalt der Privatrechtsordnung	339
3.1.2. Theoretische Basis: Die Elemente einer Privatrechtsordnung	340
3.1.2.1. Verfassung.....	340
3.1.2.2. Das konstituierende Prinzip „Privateigentum“	341
3.1.2.3. Das konstituierende Prinzip „Vertragsfreiheit“	344
3.1.2.4. Das konstituierende Prinzip „Haftung“	344
3.2. Privatisierung im engeren Sinne: Schaffung eines leistungsfähigen Privatsektors	347
3.2.1. Privatisierung als Entstaatlichung „von oben“	348
3.2.1.1. Grundsätzliche Anmerkungen.....	348
3.2.1.2. Konzepte und Verfahren der Privatisierung „von oben“	350
3.2.1.2.1. Privatisierung über den Kapitalmarkt.....	351
3.2.1.2.2. Privatisierung durch Direktverkauf („Treuhand-Modell“)	352
3.2.1.2.3. Privatisierung über Ausgabe von Vouchers/Coupons	355
3.2.2. Entflechtung als unverzichtbares Privatisierungskomplement: Das regulierende Prinzip „Monopolbekämpfung“ und seine Anwendung im Transformationsprozeß.....	360
3.2.3. Privatisierung „von unten“ durch Neugründung: „Grass-roots-Privatization“	364
3.2.3.1. Grundsätzliche Anmerkungen.....	364
3.2.3.2. Zu den Grundvoraussetzungen von Unternehmensgründungen	368
4. Interdependenz und die "Zusammengehörigkeit" der konstituierenden Prinzipien	378
LITERATURVERZEICHNIS.....	385

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis einer „Metamorphose“, in deren Verlauf sich die ursprüngliche gewählte Fragestellung nicht unwesentlich gewandelt hat: Im Jahre 1993 begann ich meine Dissertation zum Rahmenthema „Systemtransformation“ in der Absicht, einen systematischen Vergleich der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zweier „Transformationsländer“ vorzunehmen: Als Gegenstand dieses Vergleichs hatte ich die sog. neuen Bundesländer auf der einen und Rußland auf der anderen Seite gewählt. Ursprünglich war ich der Ansicht, ein ergiebiges Forschungsfeld betreten zu haben, standen doch zwei Länder im Mittelpunkt, die in ihren transformationspolitischen Ausgangsbedingungen unterschiedlicher nicht hätten sein können. Sie stellten gleichsam die beiden Extrema bzw. Pole eines Kontinuums ordnungspolitischer (In-)Stabilität dar. Durch die genaue Analyse und einen systematischen Vergleich dieser so unterschiedlichen Transformationsländer hoffte ich, eine Art ordnungstheoretischen Gesamtrahmen erstellen zu können, der dann eine hinreichende Fülle entsprechender Kriterien enthalten sollte, um auch für Analysen und Vergleiche anderer Transformationsländer Mittel- und Osteuropas nutzbar zu sein.

Nach mehreren Forschungsaufenthalten in Rußland (und auch in Polen) in den Jahren 1993 und 1994 kam ich jedoch zu der Überzeugung, daß die Schaffung eines stabilen ordnungstheoretischen bzw. -politischen Rahmens *allein* - ungeachtet seiner unbestrittenen grundsätzlichen Bedeutung, ja Unverzichtbarkeit - noch keine hinreichende Voraussetzung für das Gelingen der Transformation des konkreten Wirtschaftssystems eines bestimmten Landes darstellt. An dieser Stelle ließe sich nun einwenden, daß diese Erkenntnis allein schon vor dem Hintergrund der in der ökonomischen Transformationsforschung damals schon - und im Grunde auch weitgehend heute noch - üblichen (um nicht zu sagen dominierenden) Dreiteilung der Transformationsaufgabe in die Teilaufgaben „Erneuerung der institutionellen Infrastruktur“, „makroökonomische (monetäre) Stabilisierung“ und „mikroökonomische (realwirtschaftliche) Anpassung“ doch wohl keineswegs so überraschend (gewesen) sein könne. Dem kann zwar grundsätzlich zugestimmt werden, gleichwohl bezog bzw. bezieht sich obige Anmerkung zur Bedeutung des ordnungspolitischen Rahmens nicht etwa auf dessen notwendige „Ergänzung“ durch die beiden anderen o.g. Teilaufgaben der Transformation, sondern vielmehr darauf, daß sich die Erneuerung der institutionellen Infrastruktur immer nur auf die *formellen* Institutionen - wie etwa das Rechtssystem (geschriebenes Recht: Verfassung, Gesetze, Verordnungen etc.) -, nicht aber auf *informelle* Institutionen (Gewohnheiten, Sitten, Gebräuche etc.) beziehen kann. Gerade letztere sind jedoch von großer Bedeutung für das konkrete *Verhalten* der Menschen, wirken sie doch auch dann noch verhaltensprägend, wenn die formellen Institutionen bereits verändert worden sind.

In diesem Zusammenhang kommt dem *unternehmerischen Verhalten* besondere Bedeutung zu, wird doch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas schwerlich in Gang kommen, wenn es nicht gelingt, privatwirtschaftliches Unternehmertum zu mobilisieren, das schöpferisch-innovativ tätig wird. Der Zusammenhang zwischen Unternehmertum, Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung wurde bereits von *Joseph A. Schumpeter* zu Anfang dieses

Jahrhunderts deutlich herausgestellt. Um so erstaunlicher und bedauernswerter ist es deshalb, daß der weitaus größte Teil der ökonomischen Transformationsliteratur die Bedeutung des Themenkreises „Unternehmertum und Innovation“ für die Systemtransformation nahezu vollständig vernachlässigt hat.

Die vorliegende Arbeit soll dazu beitragen, die o.g. Defizite der ökonomischen Transformationsliteratur zu verringern. Beabsichtigt ist, sich dem Transformationsproblem zunächst aus *mikroökonomischer* Perspektive zu nähern, ohne freilich die Bedeutung eines stabilen ordnungspolitischen Rahmens aus den Augen zu verlieren.

Damit wird denn auch deutlich, worin die eingangs erwähnte Veränderung bzw. Wandlung der ursprünglich gewählten Fragestellung besteht: Sollte es anfangs („lediglich“) um einen systematischen Vergleich der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zweier Transformationsländer gehen, so entschied ich mich dann dazu, den Versuch einer grundsätzlichen, kritischen Auseinandersetzung mit der wirtschaftswissenschaftlichen Transformationsliteratur zu unternehmen. Das Abrücken vom ursprünglichen Vorhaben des Vergleichs lag darin begründet, daß sich ein solcher Vergleich wegen der jeweiligen Besonderheiten der gewählten Länder schon recht bald als wenig fruchtbar erwies - sowohl der ostdeutsche als auch der russische Fall können als „extreme Sonderfälle“ der Transformation angesehen werden. Im Laufe der dann anstelle des Vergleichs vorgenommenen grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Transformationsliteratur zeigte sich einerseits, daß der ordnungstheoretische Ansatz zwar durchaus ein „wohltuendes Gegengewicht“ zu jenen Beiträgen darstellte, die insbesondere die frühe (vor allem angelsächsische) Transformationsliteratur dominierten und die vornehmlich auf die - sicherlich ebenfalls unverzichtbare - makroökonomische Stabilisierung ausgerichtet waren. Andererseits jedoch wurde deutlich, daß die Reichweite des für die Teilaufgabe der Erneuerung der institutionellen Infrastruktur herangezogenen ordnungstheoretischen Ansatzes weitgehend auf die *formellen* Institutionen beschränkt ist. Mithin schien es angezeigt, noch andere theoretische Instrumente einzusetzen, die es - zumindest ansatzweise - ermöglichen sollten, den im weitesten Sinne *kulturellen* Besonderheiten verschiedener Transformationsländer Rechnung zu tragen. Dieser vermittels „*institutionenökonomischer* Werkzeuge“ unternommene Versuch wiederum ging gleichsam Hand in Hand mit dem Bemühen, eine *Theorie des Unternehmertums* für das Problem der Systemtransformation nutzbar zu machen.

Die hiermit vorgelegte Schrift hat also letztlich weniger den Charakter einer reinen Transformationsarbeit. Aus dem ursprünglich beabsichtigten Vergleich zweier konkreter Transformationsfälle ist also letztlich eine Untersuchung über grundlegende Aspekte und Zusammenhänge der (institutionellen) Voraussetzungen, des Ablaufs und der Wirkungen von Markt- und Wettbewerbsprozessen bzw. der diese antreibenden unternehmerischen Kräfte sowie der Versuch entstanden, die Ergebnisse dieser im Grunde allgemeinen Untersuchung für das Problem der Systemtransformation nutzbar zu machen, sie gleichsam „transformationsspezifisch“ zu deuten.

Ohne der eigentlichen Untersuchung bzw. ihrem Ergebnis vorgreifen zu wollen, kann bereits an dieser Stelle folgendes zunächst Verblüffende und später - bei näherem Hinsehen - gleichsam „Selbstverständliche“ festgestellt werden: Beim Bemühen, Einblick in die Ursachen der Probleme des vielschichtigen und komplexen Transformationspro-

zesses zu gewinnen, läßt sich Schritt für Schritt zu Erkenntnissen gelangen, die keinesfalls neu oder originell sind. So wurde die ursprünglich auf ein hochaktuelles Phänomen (allgemein: Systemtransformation; speziell: Vergleich zweier Transformationsländer bzw. -fälle) beschränkte Untersuchung gleichsam zu einer „archäologischen Exkursion“ durch die ökonomische Theoriegeschichte, wobei „Ausgrabungen“ an Stellen nötig wurden, die man zunächst für längst „abgegrast“ halten könnte. Dennoch bin ich rückblickend der Überzeugung, daß sich die mitunter beschwerliche Reise gelohnt hat, legen doch manche der zutagegeförderten „Funde“ beredtes Zeugnis davon ab, daß die Grundlagen menschlicher Freiheit und materiellen Wohlergehens vor „Verschüttung“ bewahrt werden, mithin stets aufs Neue „freigelegt“ werden müssen, wenn man nicht in Bequemlichkeit und Selbstzufriedenheit erstarren will. So ist denn auch der Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaften in den vormals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas für die Anhänger und Befürworter marktwirtschaftlicher Ordnungen beileibe kein Anlaß, sich bequem oder gar selbstgefällig zurückzulehnen und etwa einen „historischen Sieg“ zu feiern, im Gegenteil: Die Ursachen dieses Zusammenbruchs sowie einige der Ursachen des mancherorts nur sehr schleppend voranschreitenden Transformationsprozesses sollten uns „etablierten Marktwirtschaftlern“ ein willkommenes bzw. mahnendes Anlaß sein, vor der eigenen Türe zu kehren, steht doch zu vermuten, daß die mehrere Jahrzehnte anhaltenden Steigerungen materiellen Wohlstands in Westeuropa und Nordamerika manchen, die glauben, es hier mit einer Art „Wohlstands-Automatismus“ zu tun zu haben, offenbar den Blick für die Voraussetzungen der Entstehung und Erhaltung dieses Wohlstands verklärt haben.

So kann es nicht schaden, sich die Zusammenhänge von Wettbewerb und Unternehmertum - mithin den Ablauf und die Funktionsweise von Marktprozessen - sowie deren ordnungspolitische Voraussetzungen im engeren wie auch deren institutionelle Voraussetzungen im weitesten Sinne immer wieder vor Augen zu führen, um so den o.g. Blick stets aufs Neue zu schärfen.

In diesem Sinne ließe sich die hiermit vorgelegte Arbeit unter folgendes Motto stellen:

„Alles Gescheite mag schon siebenmal gedacht worden sein.
Aber wenn es wieder gedacht wurde,
in anderer Zeit und anderer Lage,
war es nicht mehr dasselbe.“

(Ernst Bloch)

Keine Forschungsarbeit entsteht „im Alleingang“, schon gar nicht kann sie ohne die Unterstützung kooperations- und hilfsbereiter Menschen abgeschlossen werden. Das Geringste, das ein Autor tun kann, - und zugleich seine angenehmste Aufgabe - besteht darin, diesen Personen Dank zu sagen.

Zunächst danke ich meinem Doktorvater, *Prof. Dr. Ulrich Fehl*, insbesondere für die Geduld, mit der er nicht nur die keineswegs unwesentlichen Veränderungen der ursprünglichen Themenstellung der Arbeit mitgetragen, sondern auch die Endphase ihrer Fertigstellung begleitet und ertragen hat. Herrn *Prof. Dr. Alfred Schüller* danke ich für die spontane Bereitschaft zur Übernahme des Zweitgutachtens. Ferner sei ihm und Frau *Dr. Hannelore Hamel* sowie den anderen Herausgebern für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe gedankt.

Dank schulde ich auch Herrn *Prof. Dr. Jochen Röpke* für seine Diskussionsbereitschaft sowie für manchen Hinweis und manche Einsicht.

Dann möchte ich einigen Menschen danken, die - jede und jeder auf ganz besondere, individuelle Weise - zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben:

Mein besonderer Dank gilt *Dr. Ralf L. Weber*, der sich in vielen langen Diskussionen nicht nur als bewundernswerter und oft im besten Wortsinne „vorbildlicher“ Sparringspartner in Transformationsfragen, sondern darüber hinaus auch als ein wirklicher Freund erwiesen hat, der mir - buchstäblich zu jeder Tages- und Nachtzeit - mit Rat und Tat zur Seite stand. Es war nicht zuletzt seine stete Hilfs- und Diskussionsbereitschaft, die mir jenes Gefühl von „Sicherheit“ vermittelte, ohne das insbesondere die Endphase der Anfertigung einer Dissertation nur schwer zu überstehen ist. Danken möchte ich auch Herrn *Dr. Helmut Leipold*, der mir spontan einen damals noch unveröffentlichten Artikel überließ, dessen Inhalt - wie sich dann zeigen sollte - einen nicht unerheblichen Einfluß auf den Fortgang der Arbeit nahm. Ein besonderes Dankeschön gebührt *Dr. Marina Ettl* für ihre große Hilfe und ihre konstruktiven Vorschläge bei der formalen Korrektur: Ihre bewundernswerte Ausdauer und Akribie bei der Fehlersuche hat die Arbeit vor mehr als nur manchem „Buchstabendreher“ bewahrt. Zu danken habe ich auch *Martin Peters* - einem „bibliophilen Bruder im Geiste“ - nicht nur für die technische „Formalisierung“ des Literaturverzeichnisses. Mein Dank gilt auch *Dipl.-Geograph Rudi Wenzel*, der - die eigene EDV-Ausstattung im Gepäck - auch weite Anreisen nicht gescheut hat, um dafür zu sorgen, daß ich irgendwann tatsächlich eine gedruckte (und abgabereife) Fassung meiner Dissertation in Händen hielt. Seine beruhigende Souveränität und Umsicht sowie insbesondere seine Geduld und Nachsicht im Umgang mit „technischen Laien“ waren auch diesmal - wie schon in unzähligen anderen „Notfällen“ zuvor - wirklich bewundernswert.

Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich über Jahre im Institut für Genossenschaftswesen an der Philipps-Universität zusammenarbeiten durfte: Meinem Freund *Marc-Peter Ballay (Laumann)* sowie *Gabriele Failing*, *Dr. Holger Klose*, *Dr. Jens-Peter Lux*, *Dr. Lorenz Neugebauer*, *Elisabeth Orb*, *Helga Perz (Born)*, *Dipl.-Kauffrau Cornelia Schädel* und *Dr. Andreas Stork* danke ich herzlich für die gute Zusammenarbeit sowie für die insgesamt wirklich familiäre Atmosphäre im Institut.

Dank schulde ich vor allem auch all jenen lieben Menschen - Freundinnen und Freunden sowie Familienangehörigen -, die immer ein offenes Ohr für meine Sorgen hatten und mich stets aufs Neue motiviert haben. Wer mir nahesteht, wird Verständnis dafür haben, daß ich mich an dieser Stelle nicht bei allen namentlich und ausführlich bedanken kann.

Danken möchte ich - neben *Marina* und *Rudi* (s.o.) - auch *Doro*, *Kerstin*, *Peter*, *Piwi* und natürlich *Conni* für einige wunderschöne Jahre in Marburg.

Mein besonderer Dank gilt Frau *Dipl.-Kooperationsökonomin Delal Atmaca* für ihre innige Freundschaft sowie für die Dauer und Tiefe der unzähligen Diskussionen, zu denen sie sich immer wieder bereitfand. Ich habe nicht nur von diesen Diskussionen fachlich sehr profitiert, sondern auch und gerade von ihr persönlich viel gelernt. Insbesondere im Hinblick auf die damit verbundene grundsätzliche „Horizontenerweiterung“ verdanke ich - und damit auch diese Arbeit - ihr sehr viel.

Herzlich zu danken habe ich meinen Eltern, *Christel Brockmeier* und *Heinz van Dreumel*, - nicht nur für ihr aufrichtiges Interesse und die vielen aufmunternden Worte, mit denen sie den Fortgang der Arbeit begleitet haben, sondern auch für ihre stete Bereitschaft, einfach nur „da“ zu sein und zuzuhören, wenn es ihrem Filius einmal nicht so gut ging (im übrigen auch und gerade unabhängig von der Dissertation...).

Ganz besonderen Dank schulde ich den drei Frauen in meinem Leben: Meiner Mutter und auch meiner Großmutter „Oma Mimi“ danke ich vor allem für ihre Liebe sowie für die Kraft und für viele gute Wegweisungen, die ich von ihnen für mein Leben erfuhr. Meiner Mutter danke ich insbesondere auch für den Freiraum, den sie mir - trotz mancher Sorge - stets gewährt und die Eigenständigkeit, die sie mir so ermöglicht hat. Meiner Liebe danke ich dafür, daß sie mich auf jede erdenkliche Weise unterstützt und immer wieder motiviert hat: Insbesondere in der Endphase der Arbeit hat sie im wahrsten Sinne des Wortes „mit-gelitten“: Einerseits brachte sie großes Verständnis für meine häufige - physische wie geistige - Abwesenheit auf; andererseits hat sie meine „Launen“ mit großherziger Geduld und Langmut ertragen. Ihnen gemeinsam ist diese Arbeit gewidmet.

Danken möchte ich im übrigen jenen Wissenschaftlern, deren Schriften mir grundlegende Einsichten und Zusammenhänge für diese Arbeit vermittelt haben:

„Die außerordentlichen Nachteile, die mit der zentralverwaltungswirtschaftlichen Lenkung verbunden sind, haben die Menschen im 20. Jahrhundert kennengelernt. Die Konzentration der wirtschaftlichen Macht, ihre Vereinigung mit der politischen Gewalt, die Unsicherheit und Geringfügigkeit der Versorgung mit Konsumgütern (...), die Bedrohung des Rechtsstaates und der Freiheit - davon brauchen wir nicht in Büchern zu lesen, sondern wir erlebten und erleben sie im Alltag.“
Walter Eucken (1952/90, S. 243).

„Die Reformstaaten Ost- und Ostmitteleuropas haben mit dem Umbau ihrer politischen und wirtschaftlichen Ordnung ein Projekt in Angriff genommen, für das es in der Geschichte moderner Gesellschaften kein Beispiel gibt.“
Helmut Wiesenthal (1995, S. 532).

„Alles hat seinen Preis, besonders aber fundamentale Wirtschaftsreformen.“
Andrzej Komar (1993, S. 106).

„Schumpeterian entrepreneurship (...) is not a matter of liberalization, privatisation, or tight monetary policy but of non-economic factors that point at the necessity of an interdisciplinary theoretical approach.“
Frank Messner und *Andreas Wittkowsky* (1992, S. 29).

„Es besteht (...) nicht nur eine ökonomische Interdependenz, sondern auch eine Interdependenz der Wirtschaftsordnung mit allen übrigen Lebensordnungen. Das will verstanden sein.“
Walter Eucken (1952/90, S. 14).

„Frühere Zeiten, welche die Wirtschaftsordnung wachsen lassen konnten, hatten es einfacher.“
Walter Eucken (1952/90, S. 253).

„Wir haben im Augenblick wahrlich wenig Grund, stolz zu sein: Als Fachleute haben wir Schlimmes angerichtet!“
Friedrich August von Hayek (1975, S. 12).

„Es ist die große Lehre der Wissenschaft, daß wir zum Abstrakten Zuflucht nehmen müssen, wo wir das Konkrete nicht meistern können.“
Friedrich August von Hayek (1969, S. 45/46).

KAPITEL 1: PROBLEMSTELLUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG

1. Grundsätzliche Anmerkungen

Seit Ende der achtziger/Beginn der neunziger Jahre dieses Jahrhunderts ist die Welt Zeuge einer gewaltigen und faszinierenden Veränderung: Die vormals sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas befinden sich in einem Prozeß grundlegender Umwandlung bzw. Umgestaltung („Transformation“) ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Der Beginn dieses Prozesses war das Ergebnis einer „friedlichen Revolution“, an die die Menschen große Hoffnungen und Erwartungen geknüpft hatten; eine dieser Hoffnungen war zweifelsohne das möglichst schnelle Erreichen materiellen Wohlstands.

Nun muß bei einem Blick in die Realität mit einer gewissen Ernüchterung festgestellt werden, daß sich die materiellen Lebensverhältnisse für viele Menschen in den postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas noch nicht entscheidend gebessert haben. In manchen Ländern ist der Transformationsprozeß nur schleppend in Gang gekommen; wieder andere Länder hatten zwar einen guten Start, nach einigen Anfangerfolgen jedoch geriet der Prozeß ins Stocken - eine einen wirtschaftlichen Aufschwung tragende Eigendynamik war offenbar nicht in Gang gekommen. Dies wirft die Frage auf, ob es in Theorie und Politik der Transformation grundsätzliche und nahezu allen Ländern gemeinsame Fehler gegeben hat, die hätten vermieden werden können, oder ob der Lauf der Dinge durch die Schwierigkeit der Gesamtaufgabe im allgemeinen sowie die in den verschiedenen Ländern jeweils obwaltenden Umstände im besonderen quasi „vorbestimmt“ und deshalb ohne Alternativen war.

In dieser Arbeit wird die These vertreten, daß es tatsächlich grundlegende Fehler bzw. Defizite gegeben hat. Diese These mag zunächst wenig überraschen, wurde doch seit Beginn der Transformation vielerorts und häufig betont, bisweilen sogar regelrecht beklagt, daß die Transformation nicht zuletzt deshalb so schwierig sei, weil es weder historische Vorbilder noch brauchbare theoretische Grundlagen gebe, an denen man sich orientieren, auf die man zurückgreifen könne. Hierauf ließe sich einwenden, daß dies nun einmal die logische Konsequenz der Tatsache sei, daß schließlich jeder in der historischen Zeit stattfindende Vorgang im besten Wortsinne einmalig und deshalb unwiederholbar sei. Will man sich jedoch - aus verständlichen Gründen - auf einen solchen Allgemeinplatz nicht zurückziehen und von dieser grundsätzlichen Einmaligkeit eines jeden historischen Ereignisses abstrahieren, dann läßt sich die Systemtransformation „schlicht“ als ein *Phänomen des institutionellen Wandels* verstehen. Es ist dies ein Phänomen, das namhafte Autoren bereits zum Gegenstand ihrer Forschungen gemacht haben, deren Ergebnisse durchaus interessante und aufschlußreiche Zusammenhänge für die Analyse und das Verständnis des konkreten historischen Ereignisses „Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa“ aufzeigen könnten.¹ Darüber hinaus ist der These

¹ North (1988), North und Thomas (1973), Olson (1985); weitere interessante Ansätze finden sich bei: Kikuchi und Hayami (1980), Ruttan und Hayami (1984), Ruttan (1984), Lin

von der angeblichen historischen Beispiellosigkeit selbst dann nicht vollständig zuzustimmen, wenn man die „Kreise“ noch enger zieht, d.h. sich noch weiter vom Abstrakten ins Konkrete begibt: Das historisch wirklich Einmalige reduziert sich dann letztlich darauf, daß es sicherlich bisher keinen Fall gegeben hat, in dem die maßgeblichen Institutionen in Wirtschaft und Gesellschaft bzw. Politik *gleichzeitig* einem derartigen Veränderungsdruck ausgesetzt waren, wie er für den gegenwärtigen Transformationsprozeß in den post-sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas charakteristisch ist.²

Gleichwohl darf nicht übersehen werden, daß es - gerade auch in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte - durchaus konkrete Versuche zur Umgestaltung administrativ-planwirtschaftlicher in marktwirtschaftliche Systeme gegeben hat. In diesem Zusammenhang sei etwa auf entsprechende Beispiele von Versuchen grundlegender Wirtschaftsreformen in Lateinamerika verwiesen.³ Hierbei ging es zumeist um sog. „Strukturanpassungs-Programme“, die größtenteils über Kredite der großen internationalen Geberinstitutionen wie IWF und Weltbank finanziert wurden. Wenngleich diese die Kreditvergabe an die Erfüllung bestimmter Auflagen in verschiedenen Bereichen knüpften - so forderte beispielsweise der IWF in der Regel den Nachweis einer rigorosen makroökonomischen Stabilisierungspolitik, während die Weltbank in erster Linie Wert auf eine möglichst umfassende Liberalisierung in Verbindung mit Bemühungen zur Privatisierung legte -, kann letztlich doch festgestellt werden, daß das Schwergewicht der Reformen insgesamt eindeutig auf Bemühungen zur monetären Stabilisierung lag.⁴ Es versteht sich beinahe von selbst, daß Versuche zur erfolgreichen Umsetzung dieser Programme bzw. zur Erfüllung der unterschiedlichen Auflagen in der Regel auch grundlegende *institutionelle* Reformen erforderten.

Dies wiederum stellt nun eine interessante Parallele zur Gesamtaufgabe der Transformation in Mittel- und Osteuropa dar (vgl. etwa *Rybczynski* 1991). Diese läßt sich als Summe dreier Teilaufgaben verstehen: Insgesamt geht es um die primär ordnungspoliti-

(1989) sowie beispielhaft zum im Text genannten Themenkreis ferner: *Leipold* (1991a); einen guten Überblick vermittelt - gleichsam „en passant“ - *Herrmann-Pillath* (1991).

² Genau - und ausschließlich - in diesem Sinne ist übrigens das der Arbeit vorangestellte Zitat von Helmut *Wiesenthal* (1995) zu verstehen.

³ Gleichwohl ist zu betonen, daß es sich in diesen Fällen nicht um die „Extremvariante“ einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs handelte. Auch in Europa hat es - freilich unter anderen Vorzeichen und deshalb gewiß nur bedingt vergleichbar - Versuche zur Etablierung marktwirtschaftlicher Systeme im Zusammenhang mit Demokratisierungsbemühungen gegeben; so etwa in Spanien in der Zeit nach Franco oder auch in Portugal (vgl. hierzu etwa: *Pardo* und *Wisseman* (1991) sowie *O'Donnell*, *Schnätler* und *Whitehead* (1986).

⁴ Dieser monetäre Schwerpunkt der von IWF und Weltbank entwickelten Stabilisierungsprogramme ist vor dem Hintergrund der Schuldenkrise zu sehen, die zu Beginn der achtziger Jahre ausgebrochen war: Viele lateinamerikanische Länder litten unter großen Zahlungsbilanzdefiziten und galoppierenden Inflationsraten, deren Ursache man in Verzerrungen auf dem Geldmarkt - genauer: in einem enormen „Geldüberhang“ - vermutete. Dessen Ursache wiederum wurde insbesondere in der mangelnden Budgetdisziplin gesehen: Die Finanzierung der Haushaltsdefizite erfolgte vor allem durch Kreditaufnahme im Ausland; die Stabilisierungsmaßnahmen stellten entsprechend primär auf die rigorose Eindämmung der öffentlichen Ausgaben ab. Vgl. dazu *Wolff* (1989).

sche Aufgabe der Erneuerung der institutionellen Infrastruktur, um die primär prozeßpolitische Aufgabe der makroökonomischen (monetären) Stabilisierung und um die Aufgabe der mikroökonomischen (realwirtschaftlichen) Anpassung.⁵ So ist es denn auch keinesfalls zufällig, daß nicht wenige der anfangs - insbesondere von amerikanischen Experten und Beratern - vorgeschlagenen Transformationsprogramme für Mittel- und Osteuropa bisweilen erstaunliche Ähnlichkeit mit den o.g. Strukturanpassungsprogrammen aufwiesen, die ursprünglich für lateinamerikanische Länder entwickelt worden waren. Auf diesen Umstand verweist etwa auch *Keilhofer* (1995, S. 311): „Die 'orthodoxen' Stabilisierungsstrategien wurden in der ursprünglichen Konzeption u.a. in Mexiko und Bolivien eingeführt (...; es) wurde das neoklassisch/monetaristische Paradigma aufgegriffen, um durch eine Reduktion der öffentlichen Ausgaben das Geldmen-genwachstum einzudämmen und dadurch eine Anpassung der Güternachfrage an das Güterangebot zu erreichen.“⁶ Die damit verbundenen Schwierigkeiten sollen hier zunächst nicht weiter kommentiert werden - darauf wird noch ausführlich einzugehen sein; festzuhalten bleibt an dieser Stelle lediglich, daß es von Beginn an theoretische Konzepte und praktische Programme im Sinne einer „Transformationsanleitung“ gegeben hat.⁷

2. Systemtransformation und „institutionelles Interregnum“

Kehren wir nun zurück zu der Frage, ob es grundlegende Defizite bzw. Fehler in Theorie, Beratung und Politik der Transformation gegeben habe: Vor dem Hintergrund der obigen Feststellung, daß es durchaus (Beratungs-)Programme im Sinne einer „Transformations-Anleitung“ für die politisch Verantwortlichen in Mittel- und Osteuropa gegeben hat, könnte man zunächst geneigt sein, die Fehler in der konkreten politi-

⁵ Vgl. beispielhaft etwa *Siebert* (1992). Nota: Im Vorgriff auf spätere Ausführungen sei bereits an dieser Stelle betont, daß es sich bei der o.g. Dreiteilung der Transformationsaufgabe selbstverständlich nur um eine idealtypische handelt, die allein analytischen Zwecken dient; realiter bestehen vielfältige Verflechtungen und wechselseitige Abhängigkeiten („Interdependenzen“) zwischen den einzelnen Problembereichen bzw. Teilaufgaben der Transformation.

⁶ So stellten beispielsweise die Vorschläge von *Jeffrey Sachs* im wesentlichen eine Kopie derjenigen Maßnahmen dar, die er bereits als wissenschaftlicher Berater und Begleiter der o.g. „structural adjustment programs“ des IWF und der Weltbank in Lateinamerika (etwa für Bolivien) empfohlen hatte. *Sachs* wartete als einer der ersten westlichen Berater in Mittel- und Osteuropa mit geschlossenen, gleichsam „maßgeschneiderten“ Transformationsprogrammen auf (so etwa für Polen) und erwarb sich so - insbesondere zu Beginn des mittel- und osteuropäischen Transformationsprozesses - recht schnell den Ruf, einer der profiliertesten „Transformations-Experten“ zu sein. Vgl. *Lipton und Sachs* (1990) und (1990a); einen Kurzüberblick liefert *Sachs* (1990).

⁷ Eine Einführung bzw. einen Überblick zu den grundsätzlichen Konzepten sowie den Politikempfehlungen und Kreditaufgaben der großen internationalen Geberinstitutionen liefern folgende Kurzbeiträge im Sammelband von *Fischer, Messner und Wohlmuth* (1992): *Pissulla* (1992), *von Monbart* (1992), *Aghion* (1992). (Nota: *Aghion* betont, daß bei der Kreditvergabe der EBRD eher politische und rechtliche denn wirtschaftliche Kriterien im Vordergrund stünden; d.h., potentielle Kreditnehmer hätten also in erster Linie für die Garantie der Wahrung der Menschenrechte - in der Regel für die Etablierung demokratischer Strukturen etc. - zu sorgen.); interessant in diesem Zusammenhang ferner der Beitrag von *Ners* (1992) im selben Sammelband.

schen Umsetzung dieser Programme zu vermuten. Anders gewendet, man könnte annehmen, daß es sich („lediglich“) um „Anwendungsfehler“ gehandelt habe. Gegen die Richtigkeit dieser Vermutung spricht allerdings zumindest der Umstand, daß es in den einzelnen Transformationsländern letztlich zwar eine Vielzahl unterschiedlicher Strategien, Programme und Maßnahmen, gleichwohl aber ähnliche Probleme gegeben hat. Dies legt die Schlußfolgerung nahe, daß es in den betroffenen Ländern ein oder mehrere gleichsam *musterhaft wiederkehrende Probleme* gegeben haben bzw. noch immer geben muß⁸, deren Ursachen in „Theorie und Praxis“ der Transformation bisher nicht hinreichend berücksichtigt wurden, die aber zugleich so gravierend und transformationspezifisch bzw. „transformations-typisch“ sind, daß sie einer eigenen Analyse bedürfen.

Eben dies scheint etwa *Kloten* (1991) im Sinn zu haben, wenn er von „phänotypischen Merkmalen von Transformationsprozessen“ spricht. Indes fragt sich, ob dieser Begriff sehr glücklich gewählt ist: So versteht *Kloten* unter solchen „phänotypischen Merkmalen“ einerseits „dem Transformationsprozeß inhärente Sachverhalte als *beobachtbare* charakteristische Begleiterscheinungen des Systemwandels“; diese seien „*immer wieder* erneut, wenn auch im jeweiligen historischen Zusammenhang, zu beobachten“ (Hervorhebung von mir). Zu den solche „phänotypischen Merkmale von Transformationsprozessen“ begründenden Kräften zählt *Kloten* insbesondere „die Reaktionen der Wirtschaftsindividuen auf die jeweiligen politischen Datensetzungen und die volkswirtschaftlichen Prozesse auf der Mikro- und Makroebene“ (alle Zitate aus: *Kloten* 1991, S. 10-11 und S. 21-33).

Da man in der Biologie unter einem *Phänotyp* den realen und insoweit *beobachtbaren* Ausdruck des zugrundeliegenden *Genotyps* versteht - genauer: da Gegenstand der Beobachtung die *phänotypische* Ausprägung eines bestimmten *genotypischen* Merkmals ist - scheinen gegen den von *Kloten* verwendeten Begriff zunächst keine Einwände zu bestehen. Dem steht indes entgegen, daß *Kloten* diese zunächst klare Definition und damit deren eindeutige Zuordnung gleichsam verwässert, indem er andererseits ausführt, daß diese von ihm so bezeichneten phänotypischen Merkmale „*insofern* allen Teilen einer Fallmenge gemeinsam“ seien (Hervorhebung von mir). Hier scheint *Kloten* m.E. einer Art „Verwechslung“ aufzusitzen, läßt sich doch gerade dieser letzte Satz so interpretieren, als wolle er gerade aus der Vielzahl der in realen Transformationsprozessen (diese scheinen zumindest mit der o.g. „Fallmenge“ gemeint zu sein) immer wieder zu beobachtenden - eben *phänotypischen* (!) - Merkmale auf ein diesen allen gemeinsam zugrunde liegendes „Etwas“ schließen.⁹ Trifft diese Interpretation zu, dann kann es

⁸ Selbstverständlich ließe sich an dieser Stelle einwenden, daß die Unterschiedlichkeit der ergriffenen Maßnahmen doch grundsätzlich auch unterschiedliche Anwendungsfehler impliziere. Mit Blick auf spezifische „Einzelprobleme“ bestimmter Länder ist ein solcher Einwand zweifelsohne berechtigt; indes geht es hier in erster Linie um solche Probleme, die im Grunde allen Transformationsländern gemeinsam sind - und zwar *unabhängig* von der jeweils gewählten Strategie und den möglichen länderspezifischen „Anwendungsfehlern“.

⁹ Zu den mit der Verwendung der Begriffe des Geno- und Phänotyps im Bereich der Sozialwissenschaften verbundenen Schwierigkeiten sowie zu den prinzipiellen Unterschieden - aber auch Parallelen - zwischen biologischer und sozialer Evolution vgl. etwa *Schreiter* 1994 (insbes. S. 5-10, mit zahlreichen weiteren Nachweisen).

Kloten jedoch eigentlich nur um die Identifikation *genotypischer* Merkmale von Transformationsprozessen gehen - wobei die Häufigkeit und Verbreitung der beobachteten *phänotypischen* Merkmale freilich eine wichtige Rolle spielt.¹⁰ Da man unter dem Genotyp (bzw. der genotypischen Ausprägung) eines Merkmals gewissermaßen ein auf die Erbsubstanz eines Organismus codiertes, mit diesem also untrennbar verbundenes Faktum versteht, bedeutet die Suche nach genotypischen Merkmalen von Transformationsprozessen mithin die Suche nach Umständen, Vorgängen etc., die mit solchen Prozessen im o.g. Sinne „untrennbar“ - also auch „unvermeidbar“ - verknüpft sind. Vor diesem Hintergrund liegt nun der Versuch nahe, von den in verschiedenen Transformationsländern zu beobachtenden und von einem Großteil der wirtschaftswissenschaftlichen Transformationsliteratur nicht „antizipierten“ bzw. von den entsprechenden Autoren in dieser Form nicht erwarteten, gleichwohl offenkundigen Schwierigkeiten bei der Umsetzung der empfohlenen Transformationsprogramme - von „phänotypischen Merkmalen“ nach *Kloten* - auf solche „genotypischen“ Merkmale von Transformationsprozessen zu schließen. Genau dieser Versuch - im Sinne der Suche nach einer Art „genetischem Musterproblem“ von Transformationsprozessen - soll hier unternommen werden.

Worin findet nun dieses „Muster-Problem“ seinen Ausdruck, und welches sind seine Ursachen? In der vorliegenden Arbeit wird das Musterproblem in einem Umstand gesehen, den ich als „*institutionelles Interregnum*“ bezeichnen möchte: Gegenstand der Forschung ist der Transformationsprozeß. Dieser spielt sich ab zwischen Start und Ziel der Transformation, genauer: zwischen dem Zeitpunkt des Zusammenbruchs der maroden Zentralverwaltungswirtschaft (Start) und dem Zeitpunkt, an dem eine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung etabliert sein wird (Ziel). Das wesentliche Charakteristikum dieses Prozesses besteht nun darin, daß die alten Institutionen entwertet wurden und ihre Gültigkeit verloren haben, während die neuen Institutionen erst noch aufgebaut werden müssen bzw. sich noch nicht bewährt haben.¹¹ Auf eine kurze Formel gebracht:

¹⁰ Für diese Interpretation scheint mir im übrigen allein schon der Umstand zu sprechen, daß die gleichsam ziellose „Ansammlung“ bestimmter Beobachtungen - sprich: phänotypischer Merkmale - *allein* wenig Erkenntnisgewinn verspricht; dazu später mehr.

¹¹ Dabei ist es zunächst ohne Belang, welches Institutionsverständnis jeweils zugrunde gelegt wird; grundsätzlich lassen sich folgende (institutionenökonomische) Ansätze unterscheiden: Versteht man unter Institutionen primär *Regeln*, so läßt sich - etwa mit *North* - zwischen formellen bzw. formgebundenen und informellen bzw. formlosen Institutionen unterscheiden. Zu ersteren zählen Gesetze, Verordnungen - im weitesten Sinne also schriftlich kodifiziertes Recht - während unter letzteren Normen, Traditionen, Gewohnheiten, Sitten und Gebräuche subsumiert werden können. Ferner ließen sich unter dem Begriff „Institutionen“ *Organsationen* im Sinne hierarchisch strukturierter, oft bürokratischer Gebilde wie Behörden, Ministerien etc. verstehen. Bei einem wieder anderen Verständnis von Institutionen wird - etwa bei *Williamson* u.a. (in Anlehnung an grundlegende Arbeiten von *Coase*) - unter dem Begriff der „Institution“ ein bestimmtes Arrangement bzw. ein bestimmter *Mechanismus zur Koordination wirtschaftlicher Transaktionen* verstanden: In diesem Zusammenhang wird unterschieden zwischen der dezentralen Koordination über den *Markt* und der zentralen Steuerung über die *Unternehmung/Hierarchie*. Abschließend sei noch auf die von *Lachmann* vorgenommene Differenzierung zwischen *inneren* und *äußeren Institutionen* verwiesen. (Nota: Da auf sämtliche dieser Ansätze im Verlauf der Arbeit - unter Verweis auf entsprechende Quellen - näher eingegangen werden wird, scheint es statthaft, an dieser Stelle auf solche Verweise zu verzichten).

Die Institutionen des alten Systems sind *nicht mehr* und die des neuen Systems *noch nicht* gültig bzw. wirksam. Eben dies macht den grundlegenden Charakter des Transformationsprozesses aus, der mithin in einer „Umgebung“ abläuft, die als *institutionelles Interregnum* charakterisiert werden kann, und mit dessen Ende - wenn denn eine neue Wirtschafts- (und Gesellschafts-)ordnung etabliert sein wird - auch dieser „Zwitzerzustand“ beendet sein wird. Dieser Umstand wird in einem Großteil der Transformationsliteratur - insbesondere freilich im Rahmen neoklassisch-orthodoxer (oder auch: „neoklassisch-monetaristischer“) Ansätze, deren theoretisches Fundament bekanntlich ohnehin weitgehend ohne Institutionen auskommt, - nicht hinreichend beachtet.¹² Von einigen wenigen frühen Ausnahmen abgesehen, ist erst in jüngerer Zeit ein verstärktes Interesse an „institutionellen“ Fragestellungen im Rahmen der ökonomischen Transformationsforschung zu entdecken.¹³ Doch zurück zur weitgehend „institutions- bzw. institutionenlosen Standardliteratur“: Eine Gruppe von Autoren verharret gleichsam am Start des Prozesses und versäumt, die Bemühungen insgesamt auf ein bestimmtes Ziel auszurichten. Wieder andere scheinen bei ihren Empfehlungen davon auszugehen, als sei das Ziel bereits erreicht - ihre Vorschläge stellen eher auf bereits etablierte Marktwirtschaften sowie deren Funktionsmechanismen und Akteure denn auf ein solches „Interregnum“ ab. Wenn nun aber der gegenwärtige Prozeß der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa mit *Wagner* (1992, S. 1) „as one of the most complex forms of institutional change“ zu charakterisieren ist, dann empfiehlt es sich kaum, bei dessen Analyse auf die Berücksichtigung einiger grundlegender Einsichten zu verzichten, die wir etwa der Theorie der Institutionen und des institutionellen Wandels verdanken.

Nun ließe sich einwenden, daß doch mancherorts - so etwa insbesondere im vereinigten Deutschland - von einem solchen „institutionellen Interregnum“ nicht die Rede sein könne, da doch dort sehr schnell neue Institutionen geschaffen worden seien bzw. Gültigkeit erlangt hätten. Hierzu sei jedoch gesagt, daß allein die rein *formale* Gültigkeit neuer Institutionen an dem o.g. Charakter des Transformationsprozesses grundsätzlich nichts ändern würde, bliebe doch das Problem bestehen, daß die „alten“ Menschen den Umgang mit diesen neuen Institutionen erst noch *lernen*, sich an sie gewöhnen müßten. Hiermit ist der grundsätzliche *Unterschied zwischen formellen und informellen Institutionen* angesprochen, dem im Transformationsprozeß besondere Bedeutung zukommt: Zwar läßt sich eine Art Kontinuum ordnungspolitischer Stabilität denken, in das die

¹² Hier beschränkt sich die Beachtung „institutioneller“ Aspekte im Zusammenhang mit der Systemtransformation weitgehend auf die Empfehlungen zur sog. „Erneuerung der institutionellen Infrastruktur“ im Rahmen der bereits erwähnten, in der „Standardliteratur“ üblichen Dreiteilung der gesamten Transformationsaufgabe.

¹³ So findet sich etwa bei *von Delhaes/Fehl* (1991, S. 457) folgender Hinweis: „Mit der Etablierung (einer formell, T.B.) neuen Regelstruktur (...) sind zwar die Grundlagen für die Anpassung des Verhaltens der Wirtschaftssubjekte an die neue Ordnung gelegt, aber man wird nicht davon ausgehen können, daß das neue Verhalten schlagartig einsetzt, sondern es wird dazu entsprechender Lernprozesse bedürfen.“ Nota: Da im Verlauf dieser Untersuchung auf verschiedene sowohl der frühen wie auch der aktuelleren Arbeiten in „dieser Richtung“ näher eingegangen wird, sei an dieser Stelle ebenfalls auf ausdrückliche Quellenverweise verzichtet.

unterschiedlichen Länder in Abhängigkeit vom Fortschritt der Maßnahmen zur sog. „Erneuerung der institutionellen Infrastruktur“ eingeordnet werden könnten; da solche Maßnahmen sich jedoch zunächst immer nur auf die *formellen* Institutionen (insbesondere das Rechtssystem: Gesetze, Verordnungen etc.) beziehen können, weil sich die informellen Institutionen (Traditionen im weitesten Sinne, Wertvorstellungen, Sitten und Gebräuche, Verhaltensgewohnheiten etc.) einer unmittelbaren bewußten Einflußnahme von außen entziehen und sich das o.g. Kontinuum demnach zunächst ausschließlich auf die rein *formale* Erneuerung der Institutionen beziehen kann, bleibt das Problem des institutionellen Interregnums im *materiellen* Sinne bestehen: So mag ein neues formelles Institutionenkorsett angefertigt und den Menschen per Dekret „verordnet“ werden, sofort „passen“ wird es indes kaum. So ließen sich etwa die sog. „neuen Bundesländer“ als ein Musterbeispiel für ordnungspolitische Stabilität verstehen, stellen sie doch gleichsam den einen Extrempol eines entsprechenden Kontinuums dar, dessen zweiter Extrempol auf der anderen Seite etwa von Rußland gebildet wird, das mit Blick auf das angestrebte Ziel ordnungspolitischer Stabilität lange Zeit eher einem Chaos gleich (und zum Teil auch heute noch gleicht...). Durch die deutsche Wiedervereinigung (Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion bzw. Einigungsvertrag) wurde die Aufgabe der (formalen) Erneuerung der institutionellen Infrastruktur gleichsam „über Nacht“ gelöst. Dies mag aus ordnungspolitischer Sicht begrüßt werden, wurde doch damit gleichsam im Handstreich ordnungspolitische Stabilität hergestellt. Das Problem des „Interregnums“ stellt sich jedoch weiterhin, da das neue „Korsett“ natürlich noch nicht „paßt“: Das Korsett „zwickt“ an allen Ecken und Enden, die aus den im alten System gemachten Erfahrungen und den dort gewachsenen Werten, Gewohnheiten und Verhaltensweisen bestehen. Um ein ähnliches Bild zu verwenden: Das Gehen in neuen Schuhen will gelernt sein; bis sie eingelaufen sind, wird noch so manche Blase an den Füßen zu verschmerzen sein. So stellt sich das Problem des Interregnums gleichsam in zweifacher Hinsicht: In dynamischer, d.h., *zeitraumbezogener* Betrachtung geht es um den zwischen Start und Ziel im o.g. Sinne liegenden Prozeß; in statischer, d.h., *zeitpunktbezogener* Betrachtung geht es um die „Auseinandersetzung“ bzw. das Spannungsverhältnis zwischen (neuen) formellen und (alten) informellen Institutionen.¹⁴

¹⁴ Vor dem Hintergrund der o.g. Zusammenhänge leuchtet ein, daß der hier verwendete Begriff des institutionellen „Interregnums“ nicht etwa gleichzusetzen ist mit dem bisweilen in der Literatur anzutreffenden Begriff des institutionellen oder ordnungspolitischen „Vakuums“: Ein Vakuum hört eben bereits dann auf, ein Vakuum zu sein, sobald es mit „irgendetwas“ gefüllt wird, mithin nicht mehr völlige Leere herrscht. So könnte man im Zusammenhang mit der hier im Mittelpunkt stehenden Frage beispielsweise dazu neigen, ein solches Vakuum bereits als „gefüllt“ und damit das Problem als gelöst anzusehen, sobald nur erst die wichtigsten ordnungspolitischen Weichenstellungen - etwa im Sinne der bereits mehrfach erwähnten Erneuerung der „institutionellen Infrastruktur“ - erfolgt sind (vgl. hierzu *Brockmeier* 1997a, insbes. S. 346 f.). Nota: Dies sollte indes keinesfalls darüber hinwegtäuschen, daß grundlegende ordnungspolitische Weichenstellungen für das Gelingen der Transformation zweifelsohne unverzichtbar sind. Nicht zuletzt deshalb können beispielsweise der früheren DDR deutlich bessere Start- und damit auch Erfolgchancen im Transformationsprozeß attestiert werden als wohl den meisten anderen Transformationsländern; dies kann - trotz oder gerade wegen der unbestrittenen Probleme in Ostdeutschland - nicht oft und deutlich genug betont werden.

Der Transformationsprozeß ist also ein (Lern)Prozeß des „Trial and Error“, in dem die Kategorie des *Wissens* - dessen Erwerb und Verarbeitung - eine zentrale Rolle spielt: Die Entwertung überkommenen systemspezifischen und die Nutzung (noch) nicht entwerteten Wissens sowie die Adaption bzw. der Erwerb neuen Wissens sind immer mit Risiken verbunden, da im spezifischen Umfeld der Transformation im Grunde mit jeder Aktion, mit jedem Schritt Neuland betreten wird; beinahe jede Handlung - insbesondere zu Beginn des Transformationsprozesses - gerät zu einer „kleinen Innovation“. ¹⁵ Das Umfeld ist ungewohnt, viele Akteure sind verunsichert; es gibt so etwas wie eine „transformationsspezifische Unsicherheit“ in zweifacher Hinsicht: Zum einen sind die meisten Handlungen in diesem Umfeld als Aktionen unter Ungewißheit - gleichsam im Sinne von „objektiver Unsicherheit“ - zu verstehen, m.a.W.: Der Beginn des Transformationsprozesses bedeutet im Grunde das Ende von Routinehandeln (bzw. im Transformationsprozeß - insbesondere zu Beginn - ist derjenige Bereich des Handelns, der zuvor als Routinehandeln angesehen werden konnte, auf ein Minimum zusammengeschrumpft). ¹⁶ Zum anderen sind die Akteure selbst durch die neuen Lebensumstände *subjektiv* stark verunsichert, sie *fühlen sich* unsicher.

Es spricht manches dafür, den Hintergrund für einen nicht unbeträchtlichen Teil der gegenwärtig noch immer bestehenden Schwierigkeiten in Mittel- und Osteuropa in dem Umstand zu vermuten, daß viele der Verantwortlichen in Theorie und Praxis das o.g. wesentliche Charakteristikum des Transformationsprozesses und damit das „Muster-Problem“ des institutionellen Interregnums bzw. dessen Implikationen nicht erkannt,

¹⁵ Ich bin mir der Tatsache sehr wohl bewußt, daß ein solches „subjektives Innovationsverständnis“, von dem im weiteren Verlauf der Arbeit ausgegangen wird, insbesondere vor dem Hintergrund bestimmter Abgrenzungsschwierigkeiten nicht immer unproblematisch ist; an dieser Stelle möge zunächst folgender Hinweis genügen: Innovatives Verhalten bedeutet grundsätzlich ein Abweichen von der Norm, vom Gewohnten - und damit letztlich auch vom „Gewöhnlichen“. Unter „Norm“ wird in der Regel schlicht das verstanden, was die meisten Menschen - innerhalb eines bestimmten (gewohnten) Umfeldes - tun. Nun könnte man einwenden, daß der Beginn der Transformation „lediglich“ die Norm verändert habe; dies ändert freilich nichts an der Tatsache, daß ein in diesem neuen Sinne „normales“ Verhalten für die meisten Menschen eine Abweichung von der alten, internalisierten Norm bedeutet: Die Anpassung an die neue Norm verlangt bzw. bedeutet die Abweichung von der seit langem verinnerlichteten Norm - und damit ein Abweichen von der Gewohnheit.

¹⁶ Bei *Schumpeter* finden wir folgende Charakterisierung der Ausgangssituation bzw. des Innovationsumfeldes, in das ein potentieller „schöpferischer Unternehmer“ eingebettet ist, der innovativ tätig werden will: „Was dort (‘im allseits wohlbekannten Kreislauf‘, T.B.) Stütze war, wird hier Hindernis. Was vertrautes Datum war, zu einer Unbekannten. Wo die Grenze der Routine aufhört, können deshalb viele Leute nicht weiter und der Rest kann es nur in sehr verschiedenem Maße.“ Eine bessere Beschreibung des aktuellen Transformationsumfeldes ist kaum möglich - gleichwohl wollte *Schumpeter* hier (lediglich) begründen, warum „die Durchsetzung neuer Kombinationen (die Innovation, T.B.) eine besondere Funktion und Privileg von Leuten (ist), die viel weniger zahlreich sind als jene, die die äußere Möglichkeit dazu hätten (...). Deshalb sind Unternehmer ein besonderer Typus (...).“ *Schumpeter* (1993, S. 118/119). Der entscheidende Unterschied besteht nun darin, daß *Schumpeter* ein Umfeld beschreibt, das sich der schöpferische Unternehmer im Grunde selbst schafft, indem er innovativ tätig wird, während das Transformationsumfeld über viele Menschen gleichsam „hereingebrochen“ ist.

sondern sich stattdessen zu sehr auf die Lösung konkreter Einzelprobleme konzentriert oder - gleichsam losgelöst von der Realität und den Besonderheiten eines jeden Landes - mit der Konstruktion einer vermeintlich allgemeingültigen, zu abstrakten Schablone begnügt haben.¹⁷

Eine solche These will näher begründet sein; diese Begründung erfolgt ausführlich im nächsten Kapitel (siehe auch den nun folgenden Abschnitt 3). Im Vorgriff darauf sei an dieser Stelle lediglich bemerkt, daß die Verkennung des sog. institutionellen Interregnums als Hauptcharakteristikum und damit im Rahmen des Transformationsprozesses entscheidendes Problem in zwei Defiziten der „traditionellen“ ökonomischen Transformationsliteratur zum Ausdruck kommt: Das eine Defizit besteht in der Vernachlässigung der Bedeutung privatwirtschaftlichen Unternehmertums im Transformationsprozeß; es ist also ein „Mangel an *unternehmerischer* Perspektive“ zu beklagen. Das andere Defizit ist in dem mangelnden Bemühen um eine angemessene ordnungstheoretische Fundierung und ordnungspolitische Konsistenz der entsprechenden Transformationsprogramme zu sehen; in diesem Zusammenhang ist also ein „Mangel an *ordnungspolitischer* Perspektive“ zu konstatieren.¹⁸

3. Methodik und Aufbau der Arbeit

Auch wenn beabsichtigt ist, sich dem gesamten Problem der Systemtransformation aus mikroökonomischer bzw. individueller - sprich: *unternehmerischer* - Perspektive zu nähern, so besteht das Ziel der vorliegenden Arbeit doch nicht etwa darin, eine Art „transformationsspezifische Unternehmertheorie“ vorzulegen. Die Zielsetzung ist eine viel bescheidenere: Zunächst soll die bisherige (wirtschaftswissenschaftliche) Transformationsliteratur einer kritischen Betrachtung unterzogen werden, wobei insbesondere die erwähnten Defizite aus (bzw. „an“) *unternehmerischer* und *ordnungspolitischer* Perspektive aufzuzeigen sind. Dann sind entsprechende, theoretisch begründete Vorschläge zu entwickeln, um diese Defizite aufzuarbeiten bzw. auszugleichen.

¹⁷ Um es bildhaft auszudrücken: Die einen sahen den Wald vor lauter Bäumen nicht, für die anderen war „Wald gleich Wald“ - unabhängig von den jeweiligen naturräumlichen Besonderheiten vor Ort und unabhängig davon, ob es sich im jeweiligen Einzelfall primär um einen Laubwald, einen Nadelwald etc. handelte. Beiden gemeinsam ist jedenfalls, daß es sich insgesamt um ein Ökosystem handelt, in dem es vielfältige Interdependenzen gibt, in dem kein Gewächs losgelöst von anderen betrachtet und kein Eingriff an irgendeiner Stelle des „Ökokreislaufs“ ohne Folgen an anderer Stelle bleiben kann.

¹⁸ An dieser Stelle sei noch einmal ausdrücklich betont, daß mit den Begriffen „traditionelle“, „herkömmliche“ oder auch „dominierende“ Transformationsliteratur diejenige neoklassisch-monetaristischer Prägung gemeint ist. So sei denn zur Relativierung des zweiten Defizits angemerkt, daß insbesondere Vertreter der deutschen Ordnungstheorie und des Systemvergleichs gleich zu Beginn der Transformation auf die Bedeutung hingewiesen haben, die dem Bemühen um ordnungspolitische Konsistenz bei der Entwicklung von Transformationsprogrammen zukommt. Gleichwohl stand (auch) hier die - freilich ordnungspolitisch-konsistente - *Rahmensetzung* eindeutig im Vordergrund. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit hingegen geht es vornehmlich darum, den *Prozeßcharakter* der Transformation in den Vordergrund zu rücken; in diesem Zusammenhang kommt dem Zusammenspiel von Wettbewerb und Unternehmertum eine entscheidende Rolle zu.

Der Versuch einer kritischen Würdigung der „traditionellen“ Transformationsliteratur wird in **Kapitel 2** unternommen. Nach einigen grundsätzlichen Anmerkungen zum Transformationsproblem folgt eine Darstellung der Entwicklung, des gegenwärtigen Standes und der Defizite der ökonomischen Transformationsforschung. Dabei wird zu zeigen sein, daß sich ein Großteil der Fachliteratur bisweilen geradezu „sklavisch“ an die bereits erwähnte Dreiteilung der Transformationsaufgabe hält, dem Ziel einer sukzessiven „Abarbeitung“ der drei Teilaufgaben „Erneuerung der (formellen) institutionellen Infrastruktur, makroökonomische (monetäre) Stabilisierung und mikroökonomische (realwirtschaftliche) Anpassung“ gleichsam „verfallen“ scheint. Es ist zu betonen, daß im Zusammenhang mit der letzten Teilaufgabe zumeist von der *Illusion eines mikroökonomischen Anpassungsautomatismus* ausgegangen wird. Vor diesem Hintergrund muß man beinahe zwangsläufig den Eindruck gewinnen, als stelle der Aspekt des Unternehmertums im Rahmen der Systemtransformation nur ein „Fußnotenproblem“ dar.¹⁹ Im Grunde ist mit der „traditionellen“ Dreiteilung der Transformationsaufgabe - so sinnvoll oder gar notwendig sie aus rein analytischen Gründen auch sein mag - auch das *Defizit an ordnungspolitischem Weitblick* (bzw. das dem diesem zugrundeliegende *Defizit an „ordnungstheoretischem Tiefgang“*) verbunden, wie es in nicht wenigen transformationstheoretischen bzw. transformationspolitischen Arbeiten zum Ausdruck kommt: Vielfach läßt sich der Eindruck gewinnen, als stünden die wichtigen Probleme der Liberalisierung, der Stabilisierung und der Privatisierung gleichsam als „echte Einzelprobleme“ isoliert voneinander da, ja als könne etwa - womöglich gar im Sinne einer grundsätzlichen und allgemein gültigen „Problem-Hierarchie“ - eine eindeutige Aussage darüber getroffen werden, welches „Einzelproblem“ denn nun das wichtigste und deshalb mit höchster Priorität zu lösende sei.

In **Kapitel 3** erfolgt dann der Versuch, das *Unternehmertum* als Faktor von zentraler transformationstheoretischer Bedeutung in den Vordergrund der Betrachtung zu rücken. Dies erscheint nur folgerichtig, da auf diese Weise nun denjenigen Umständen Rechnung getragen wird, die zuvor herausgearbeitet worden sind: Zum einen wird das entscheidende Transformationsproblem in der Existenz eines institutionellen Interregnums und dies wiederum als wesentliche Ursache dafür angesehen, daß der von der „traditionellen“ Transformationstheorie unterstellte mikroökonomische Anpassungsautomatismus ausbleibt. Zum anderen wird davon ausgegangen, daß die von den Unternehmen zu bewältigende (realwirtschaftliche) Anpassung auf der Mikroebene von grundlegender Bedeutung nicht nur für das kurz- und mittelfristige Gelingen des Transformationsprozesses, sondern insbesondere auch für das Ingangkommen eines mittel- und langfristigen Entwicklungs- und Aufholprozesses der mittel- und osteuropäischen

¹⁹ Eine gleichsam „buchstäbliche“ - und gewiß unfreiwillige - Bestätigung dieses Eindrucks liefert *Daianu* (1997, S. 41): „A fundamental tenet in economic theory - which was confirmed by reality - is that a command system allocates resources poorly because of the impossibility of economic calculation.“ Dann folgt eine *Fußnote* (sic!), in der es heißt: „Apart from suppression, or diversion, of the entrepreneurial spirit, which - as best indicated by the Austrian School (*Schumpeter, von Mises, Kirzner, Rothbard*) - is vital for the dynamics of an economy.“

Länder ist. Die bei der Konstruktion des Entwurfs einer transformationsspezifisch zu deutenden Unternehmertheorie verwendeten „Bausteine“ sowie die in diesem Zusammenhang geschilderten Zusammenhänge von Wettbewerb und Unternehmertum sind keineswegs neu: So wird in diesem Kapitel auf bewährte Arbeiten von *Schumpeter*, von *Mises* und *Kirzner* sowie *Heuß* und auch von *Hayek* zurückgegriffen. Der Bedeutung des Unternehmertums soll zum einen dadurch Rechnung getragen werden, daß zwischen verschiedenen Arten von Unternehmertum bzw. verschiedenen Unternehmertypen differenziert wird; im Vordergrund stehen hier der „schöpferische“ Unternehmer nach *Schumpeter*, der „findige“ Unternehmer nach *Kirzner*, die differenziertere Unternehmertypologie nach *Heuß* sowie der „Routine-Unternehmer“ ursprünglich neoklassischer Provenienz in einer besonderen Ausprägung. Zum anderen wird besonderer Wert auf die Untersuchung der Determinanten des Unternehmerverhaltens gelegt, um so später Aufschluß über diejenigen Kräfte und Einflußfaktoren gewinnen zu können, die der Entwicklung unternehmerischer Aktivität im Transformationsprozeß möglicherweise entgegenstehen bzw. diese fördern könnten; dabei wird auf ein Modell von *Jochen Röpke* zurückgegriffen. Da das Problem des institutionellen Interregnums stets „mitgedacht“ und den institutionellen Voraussetzungen von Wettbewerb und Unternehmertum besondere Bedeutung beigemessen wird, werden einige grundlegende Anmerkungen über die Theorie der Institutionen und des institutionellen Wandels in dieses Kapitel integriert.

Nach diesen Bemühungen, das o.g. Defizit der Transformationsforschung an *unternehmerischer* Perspektive aufzuarbeiten, wird dann in **Kapitel 4** der Versuch unternommen werden, dasselbe mit Blick auf das erwähnte Defizit an *ordnungspolitischer* Perspektive zu tun. Dieses Ziel wäre dann erreicht, wenn es gelänge, dem *Interdependenz-Problem* hinreichend Rechnung zu tragen. Auch hier bewährt sich die Abweichung von der herkömmlichen idealtypischen Dreiteilung der Transformationsaufgabe: Im Rahmen einer „problemorientierten“ Herangehensweise wird der Versuch unternommen, wichtige Einzelprobleme der Transformation - Liberalisierung, Privatisierung und Stabilisierung - jeweils „für sich“ einer gesonderten Betrachtung zu unterziehen. Dieses Vorgehen - die „Aufspaltung“ in Einzelprobleme - mag auf den ersten Blick zunächst den Eindruck erwecken, dem Ziel der Berücksichtigung des Interdependenz-Problems gerade exakt zuwiderzulaufen. Eben dies ist jedoch nicht der Fall - im Gegenteil: Wollte man sich an der herkömmlichen Dreiteilung der Transformationsaufgabe orientieren (und dies dann in der Gliederung entsprechend zum Ausdruck bringen, indem etwa jeder der o.g. Teilaufgaben ein Kapitel gewidmet würde), wäre man dazu gezwungen, die o.g. Probleme gleichsam zu zerreißen: Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich, daß alle genannten Problembereiche im Grunde sowohl ordnungspolitische als auch prozeßpolitische und mikroökonomische Aspekte berühren und somit für alle drei Teilbereiche von Relevanz sind. Dies sei kurz am Beispiel der *Privatisierung* verdeutlicht:

Das Transformationsproblem der Privatisierung hat nicht nur eine rein ordnungspolitische Komponente, die bereits auf der konstitutionellen Ebene beginnt (so denke man etwa an die grundsätzliche, durch die Verfassung abgesicherte Etablierung von Privatei-

gentum sowie einen entsprechenden Gesetzesrahmen²⁰), sondern selbstverständlich wird durch die Privatisierung im Sinne tatsächlicher Entstaatlichung, d.h. durch die Übertragung vormals staatlicher Eigentums- und Verfügungsrechte von staatlich-kollektiven auf private Hände - ungeachtet ihrer ordnungspolitischen Relevanz - insbesondere auch die Teilaufgabe der realwirtschaftlichen Anpassung auf mikroökonomischer Ebene berührt. Beschränkt man die Privatisierung im letztgenannten Sinne nicht auf die reine Eigentumsübertragung im Falle der alten Unternehmen, sondern begreift auch die Gründung neuer Unternehmen als Privatisierungsaufgabe²¹ - wofür ich mit Blick auf das übergeordnete Ziel des in den Transformationsländern dringend gebotenen Auf- und Ausbaus des privatwirtschaftlichen Sektors unbedingt plädieren würde -, dann wird schon allein wegen der Bedeutung der dafür notwendigen Rahmenbedingungen sowohl die ordnungs- als auch die prozeßpolitische Teilaufgabe berührt. Letzteres gilt im übrigen auch mit Blick auf die in den Transformationsländern bei der Eigentumsübertragung verwendete Vielfalt an Privatisierungsmethoden bzw. -verfahren: So banal es auch klingen mag - eine Privatisierung über den Kapitalmarkt kann selbstverständlich nur dort in Frage kommen, wo es bereits einen funktionsfähigen Kapitalmarkt gibt; den Aufbau eines solchen wiederum könnte man etwa als „ordnungspolitische Aufgabe mit prozeßpolitischem Einschlag“ bezeichnen.

Vor dem Hintergrund dieser hier nur angedeuteten Zusammenhänge wird deutlich, daß es bei der gliederungssystematisch vermeintlich so klaren Einhaltung der idealtypischen Dreiteilung der Transformationsaufgabe unumgänglich gewesen wäre, ein- und dasselbe Problem an unterschiedlichen Stellen immer wieder aufzugreifen. Bei der in der vorliegenden Arbeit stattdessen gewählten „problemorientierten“ Herangehensweise wird dies vermieden; die Relevanz der drei genannten Teilaufgaben der Transformation wird in die einzelnen Kapitel eingewoben und spiegelt sich jeweils an bestimmten konkreten Einzelproblemen wider. Auf diese Weise wird die angestrebte Beachtung der Interdependenz der Teilbereiche und vielfältigen Einzelprobleme der Systemtransformation gleichsam „gliederungstechnisch verankert“; die einzelnen Aspekte werden also - wie eingangs gefordert - im Lichte des Primats der Ordnungspolitik betrachtet. Auch hier sind die grundlegenden Erkenntnisse keineswegs neu: So wird in diesem Zusammenhang auf das Konzept der „Wettbewerbsordnung“ von *Walter Eucken* zurückgegriffen, da davon ausgegangen wird, daß die „konstituierenden Prinzipien“ zur Schaffung und die „regulierenden Prinzipien“ zur Erhaltung der Wettbewerbsordnung eine solide theoretische Basis zur Entwicklung von Lösungsansätzen für einige der wichtigsten transformationspolitischen Probleme bieten und *Euckens* Konzept deshalb die wichtigsten Anforderungen an eine geeignete ordnungspolitische Gesamtkonzeption im eingangs erläuterten Sinne erfüllt. *Euckens* Plädoyer für die Beachtung der „Interdependenz

²⁰ Insgesamt geht es in diesem Zusammenhang im weitesten Sinne um die Schaffung einer „Privatrechtsordnung“ im Sinne Franz *Böhms*.

²¹ Im anglo-amerikanischen Sprachgebrauch hat sich hierfür der Begriff „grass-root-privatization“ durchgesetzt, der sehr gut veranschaulicht, daß es hierbei um eine Privatisierung „von unten“ geht; diese unterscheidet sich verständlicherweise grundlegend von der „angeordneten“ Privatisierung im Sinne eines bloßen Eigentümerwechsels, die als Privatisierung „von oben“ anzusehen ist.

der (Teil-)Ordnungen“ gibt also im Hinblick auf die Transformationsaufgabe die „Interdependenz der Teilaufgaben“ bzw. deren Beachtung vor.²² Da in dieser Arbeit versucht wird, die Vielschichtigkeit des Transformationsprozesses insgesamt und die Komplexität der in seinem Rahmen zu bewältigenden Aufgaben und Probleme zu verdeutlichen, erscheint es notwendig, die Betrachtung nicht auf das rein Ökonomische zu beschränken: Die von den Menschen in Mittel- und Osteuropa zu Beginn der Transformation am häufigsten genannten Ziele waren „Freiheit“ und „materieller Wohlstand“. Mithin kann der Transformationsprozeß als das Streben nach *formeller* und *materieller Freiheit* verstanden werden. Um dies angemessen berücksichtigen zu können, wird bei der Erörterung der wichtigsten „Einzelprobleme“ der Transformation in Kapitel 4 jedes dieser Probleme zunächst „im weiteren Sinne“ betrachtet, bevor dann die - in der Transformationsliteratur übliche - Betrachtung „im engeren (ökonomischen) Sinne“ erfolgt.

Die beiden Kapitel 3 und 4 dieser Arbeit stellen also den Versuch dar, die beiden genannten Hauptdefizite der traditionellen Transformationsforschung „auszugleichen“ und die entsprechenden Ausführungen möglichst miteinander zu verknüpfen. Dabei wird das entscheidende Bindeglied im Phänomen des *Wettbewerbs* gesehen, und es soll die Interdependenz der Aspekte „Unternehmertum und Innovation“ sowie „ordnungspolitische Konsistenz“ verdeutlicht werden. Es wird zu zeigen sein, daß zwar einerseits die Entfaltung privatwirtschaftlichen (schöpferischen) Unternehmertums ohne die Setzung eines stabilen ordnungspolitischen Rahmens nicht erwartet werden kann, daß aber andererseits - wegen bestimmter transformationspezifischer Besonderheiten - die Setzung eines solchen Rahmens allein eben nicht ausreicht, um „das Skelett mit Fleisch zu füllen“. Die wichtigste dieser Besonderheiten wird darin gesehen, daß die Hinterlassenschaft der alten Ordnung und ihrer plötzlich ungültig gewordenen formalen Institutionen - die innerhalb dieses alten Rahmens gewachsenen Wertvorstellungen, Normen, Gewohnheiten und Erfahrungen der Menschen - die Akzeptanz, das Verständnis und die Anwendung der neuen formalen Institutionen erschwert. Dieses in das Neue hineinwirkende und noch immer verhaltensprägende Erbe des Überkommenen berührt letztlich den Kern des Transformationsproblems: das institutionelle Interregnum, das sich gleichsam als Spannungsverhältnis bzw. Konkurrenz zwischen „gewachsener und gesetzter Ordnung“ verstehen läßt (vgl. hierzu *Leipold 1997a*).

4. Das (Schein-)Problem der „Empirielosigkeit“

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Arbeit an Qualität gewinnt, wenn die theoretischen Ausführungen nicht nur vereinzelt, sondern möglichst durchgängig mit der

²² Es sei konzediert, daß auch die Anwendung des *Euckenschen* Konzepts auf das Transformationsproblem keineswegs neu ist - so wird denn auch hier auf entsprechende (Vor-)Arbeiten zurückgegriffen: *Gutmann (1991)*, *Weber (1992)* und (1995, hier insbes. S. 9-16) sowie ferner *Brockmeier (1994a)*; sehr ausführlich im übrigen: *Keilhofer (1995)*. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Arbeit von *Song (1992)*, der in jeweils gesonderten Kapiteln die Bereiche „Privateigentum und Privatisierung“, „Wettbewerb und Liberalisierung“ sowie „Geldwertstabilität und Währungs- bzw. Bankenreform“ bearbeitet - allerdings ohne *Eucken* auch nur in einer Fußnote oder im Literaturverzeichnis zu erwähnen.

Realität konfrontiert, d.h. anhand empirischer Daten überprüft werden. Allerdings versteht es sich ebenso von selbst, daß es bei der Vielfalt und dem Umfang der hier betrachteten Zusammenhänge ein geradezu uferloses - und deshalb hoffnungsloses - Unterfangen gewesen wäre, hätte man dies denn tatsächlich auch nur mit annäherndem Anspruch auf Vollständigkeit tun wollen. Eine aussagekräftige Überprüfung der theoretischen Aussagen anhand zuverlässiger empirischer Daten aus möglichst vielen Ländern hätte zwangsläufig die inhaltliche Beschränkung auf einen wesentlichen Teilaspekt der Transformation - beispielsweise die Privatisierung - erfordert. Genau dies allerdings soll die vorliegende Arbeit ja gerade nicht leisten.²³ Zum anderen erscheint mir die vordergründig erscheinende „Empirielosigkeit“ der vorliegenden Arbeit darüber hinaus auch wegen des grundsätzlich unausweichlichen Problems der stets unzureichenden Aktualität empirischer Daten relativ unbedenklich zu sein: Die im Rahmen einer solchen Arbeit verwendeten empirischen Daten dürften - insbesondere angesichts der Dynamik der Veränderungsprozesse - zum Zeitpunkt der Veröffentlichung längst überholt sein.²⁴ Neben diesen eher „pragmatisch-praktischen“ Begründungen für die „Empirielosigkeit“ dieser Arbeit gibt es außerdem noch ein wissenschaftstheoretisches Argument, mit dem begründet werden kann, warum eine Arbeit wie die vorliegende geradezu zwangsläufig von geringem empirischen Gehalt sein *muß* - doch dazu später mehr (vgl. Kapitel 2, Abschnitt 1.2.3 „Transformationstheorie als eine Theorie komplexer Phänomene“). Im übrigen ließe sich auch darauf hinweisen, daß der hier vorgestellte Entwurf einer „synthetischen Transformationstheorie“ eine Reihe von Theorie-Elementen enthält, die bereits durch Anwendung in anderem Zusammenhang getestet und nicht falsifiziert wurden - also auch insofern keinesfalls im engeren Sinne „empirielos“ sind.

So wird gleichsam aus der Not eine Tugend: Die vorliegende Schrift ist als Einladung zur empirischen Überprüfung an alle zu verstehen, die einen theoretischen Gesamtrahmen für die Analyse von Transformationsprozessen suchen, in den die individuellen

²³ Diese - vermeintliche - „theoretische Schlagseite“ dieser Arbeit „zu Lasten“ der Empirie ist also allein schon deshalb kein so gravierendes Problem, weil es ja bereits eine unüberschaubare Vielzahl empirischer Studien zu verschiedenen Aspekten der Systemtransformation in einzelnen Ländern gibt, die zusammengenommen ein nahezu vollständiges empirisches Bild der Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa zeichnen: Wer immer empirisches Material zum Fortgang des Transformationsprozesses in einzelnen Ländern, Regionen, Branchen etc. benötigt, dem steht eine Fülle potentieller Informationsquellen zur Verfügung. Es schien mir wenig sinnvoll, dieser Literaturfülle eine weitere Arbeit über ein bestimmtes Land oder einen bestimmten Teilaspekt der Transformation hinzuzufügen. Nota: Die erwähnte „Schlagseite zu Lasten der Empirie“ bedeutet im übrigen keinesfalls, daß gänzlich auf jedwede empirische Absicherung verzichtet wird: Selbstverständlich wird an verschiedenen Stellen auf die Empirie verwiesen bzw. auf Daten und Fakten der realen Entwicklungen des Transformationsprozesses in Mittel- und Osteuropa eingegangen; dies ist jedoch nicht auf ein bestimmtes Land oder auf einen bestimmten Teilbereich der Transformation beschränkt, sondern geschieht wahlweise jeweils dort, wo es zum besseren Verständnis bzw. zur Illustration der theoretischen Ausführungen besonders sinnvoll erscheint.

²⁴ In diesem Zusammenhang ist folgende Äußerung *Euckens* (1940/1989, S. 232) recht aufschlußreich bzw. zutreffend: „Je ausschließlicher die Nationalökonominnen die jeweilige Gegenwartssituation beachten, (...) je krampfhafter sie modern sein wollen - umso rascher veralten sie.“

Probleme unterschiedlicher Länder sowie bestimmte Teilaspekte - an der jeweils „richtigen“ Stelle - gleichsam eingebettet werden können.²⁵ Dadurch wird diese Arbeit zu einer Art Referenzrahmen für die Beschreibung, Analyse, Einordnung, theoretische und empirische Erfassung, Überprüfung sowie die kritische Beurteilung und Bewertung von Transformationsprozessen. Im Idealfall soll sie also - bildlich gesprochen - eine Art Brille sein, durch die hindurch der Blick auf das Transformationsproblem bzw. den Transformationsprozeß insgesamt klarer wird und die den Betrachter auch bestimmte Zusammenhänge zwischen vermeintlich voneinander isolierten Teilaspekten und Einzelproblem der Transformation erkennen läßt.

²⁵ Anforderungen an eine Transformationstheorie in diesem Sinne formulieren etwa auch *Mondelaers* (1991) und *Nutzinger* (1991).

KAPITEL 2: ÖKONOMISCHE TRANSFORMATIONSFORSCHUNG: DARSTELLUNG UND KRITIK

1. Grundsätzliche Anmerkungen zum Transformationsproblem

1.1. Terminologische Grundlagen

1.1.1. Wirtschaftssystem und Wirtschaftsordnung

Die Wirtschaftsordnung ist Teil des Wirtschaftssystems: „Ein Wirtschaftssystem umfaßt *erstens* die wirtschaftlichen Elemente (*Faktoren*), d.h. die natürlichen Ressourcen, die produzierten *Güter* und die *Menschen* in ihrer Rolle *als Produzenten und Konsumenten*, *zweitens* die *wirtschaftlichen Beziehungen und Handlungen*, d.h. die Produktions-, Verteilungs- und Konsumprozesse in und zwischen den Wirtschaftseinheiten und *drittens* die *wirtschaftliche Ordnung*, die sich aus der Gesamtheit der für den Wirtschaftsprozess verbindlichen Rechtsregeln und sozialen Normen konstituiert. *Das Wirtschaftssystem umfaßt also den Wirtschaftsablauf und die Wirtschaftsordnung*“ (Leipold 1988, S. 58, Hervorhebungen von mir). Die „verbindlichen Rechtsregeln“ sind in der Verfassung sowie in Gesetzen und Verordnungen niedergelegt („kodifiziert“) und werden in ihrer Gesamtheit auch als „Wirtschaftsverfassung“ bezeichnet; diese begründet also „zusammen mit den ungeschriebenen Normen und Institutionen die Wirtschaftsordnung“ (Leipold, 1991c, S. 11).

Die jeweilige Wirtschaftsordnung bestimmt also maßgeblich den konkreten Wirtschaftsablauf (oder auch „Wirtschaftsprozess“); so lesen wir etwa bei *Eucken* (1952/1990, S. 23): „Die Wirtschaftsordnung eines Landes besteht in der Gesamtheit der jeweils realisierten Formen, in denen Betriebe und Haushalte miteinander verbunden sind, in denen also der Wirtschaftsprozess in concreto abläuft.“ Bei *Leipold* (1991c, S. 11) heißt es dazu: „Durch die jeweilige Gestaltung der Wirtschaftsordnung werden die wirtschaftlichen Verhaltensweisen und Beziehungen, also die Wirtschaftsprozesse, geprägt.“ Es klingt bereits an, daß diese Formen ihrerseits keinesfalls etwa ausschließlich ökonomisch determiniert, sondern jeweils Ergebnis bzw. Ausdruck des Zusammenwirkens verschiedener Faktoren sind; dies wird sehr gut dokumentiert durch eine Definition *Hensels* (1972/1992, S. 18), die wir deshalb an dieser Stelle abschließend anführen wollen: „Wirtschaftsordnungen sind sittliche, rechtliche und morphologische Gebilde. Jede konkrete Ordnung ist charakterisiert durch herrschende Sitten und Gebräuche; das Verhalten der Menschen ist geleitet durch Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein oder auch durch Verantwortungslosigkeit, durch Bindung an Religionen, durch sittliche Normen oder auch durch Sittenlosigkeit“ (vgl. ferner *Hensel* 1979).

Spätestens hier wird deutlich, daß es schon bei der Transformation einer Wirtschaftsordnung - und damit auch eines ganzen Wirtschaftssystems - um wesentlich mehr geht als nur um die Umstellung einiger ökonomischer Hebel: „Es sind (...) die alten Entscheidungs-, Informations- und Motivationsstrukturen abzulösen und durch völlig neue

zu ersetzen" (Gutmann 1990a, S. 23)¹ Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, daß - wie etwa Dubrowsky (1993, S. 204) betont - „die Transformation von Plan- zu Marktwirtschaften ein sehr komplexer Prozeß der radikalen Veränderungen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Politik und Verwaltung, insbesondere aber im Denken und Handeln der Menschen ist.“ Entsprechend sind neben ökonomischen auch soziale Aspekte sowie deren mögliche politische Auswirkungen zu berücksichtigen; nicht nur politische Entscheidungen haben maßgeblichen Einfluß auf ökonomische und soziale Geschehnisse, sondern letztere wiederum wirken nachdrücklich in den politischen Bereich hinein. Nichts anderes ist mit der „Interdependenz der Ordnungen“ gemeint, deren Beachtung Eucken stets so vehement gefordert hat und deren Bedeutung vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Transformationsprobleme nichts von ihrer Aktualität eingebüßt hat.²

Als die o.g. sittlichen, rechtlichen und morphologischen Gebilde stellen Wirtschaftsordnungen „eine Gesamtheit von Handlungs-, Verfügungs- oder Planungsrechten (dar). Diese (wiederum) manifestieren sich in bestimmten ökonomischen Institutionen, den Ordnungsformen, vor allem der Planung und Lenkung des Wirtschaftsgeschehens und des Eigentums an den Produktionsmitteln (...)“ (Schüller 1991b, S. 1). Neben den Ordnungsformen der Planung und Lenkung sowie den Eigentumsverhältnissen ist die Wirtschaftsrechnung, d.h. das zur Ermittlung der Knappheitsverhältnisse verwendete Verfahren, ein weiteres wichtiges Charakteristikum zur Unterscheidung von Wirtschaftsordnungen. „Zusammen mit (...) der laufenden wirtschaftspolitischen Gestaltung des Wirtschaftsgeschehens durch den Staat prägen die Ordnungsformen den Handlungs- und Entscheidungsspielraum der Menschen in charakteristischer Weise“ Schüller (1991b, S. 1). Schüller (ebd., S. 22-25) unterscheidet folgende Wirtschaftsordnungen:

Typ A : Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs

Typ B1 : Sozialistische Marktwirtschaft staatssozialistischen Typs

Typ B2 : Sozialistische Marktwirtschaft partizipatorisch-syndikalistischen Typs

Typ C : Marktwirtschaft als dezentralisierte Wirtschaftsplanung mit folgenden Varianten:

Typ C1: Kapitalistische Marktwirtschaft

Typ C2: Soziale Marktwirtschaft

Typ C3: Wohlfahrtstaatliche Marktwirtschaft

¹ Vgl. in diesem Zusammenhang die Definition von Neuberger und Duffy (1976): Sie verstehen Wirtschaftssysteme als „socially established mechanisms for making decisions“ und sehen die systembestimmenden Merkmale in eben jenen Entscheidungs-, Informations- und Motivationsstrukturen; konsequenterweise sehen sie sich denn auch als Vertreter eines „entscheidungs-theoretischen Ansatzes“ in der systemvergleichenden Forschung. (Nota: Verstünde man Euckens Ansatz entsprechend, ließe sich in diesem Sinne - cum grano salis - beinahe die gesamte deutsche Ordnungstheorie als „entscheidungsorientiert“ ansehen.); vgl. hierzu ferner: Gutmann (1990a, insbes.: S. 197/198).

² Zur Interdependenz der Ordnungen siehe: Eucken (1952/1990, insbes. S. 14-16, S. 180-184, S. 304-308, S. 332-334); ferner: Krüsselberg (1989), Hoppmann (1995, insbes. S. 48/49) sowie Kammler (1990).

An dieser Stelle wird bereits deutlich, daß es kein allgemeinverbindliches (Detail-)Ziel für alle Transformationsländer Mittel- und Osteuropas geben kann; vielmehr ist es in deren eigenes Ermessen und deren eigene Entscheidung gestellt, welches Ziel sie für sich definieren und ob sie ein bestimmtes Vorbild wählen wollen (Typ C1 entspräche etwa dem US-Modell, Typ C2 dem bundesdeutschen Modell und Typ C3 dem schwedischen Modell einer Marktwirtschaft).³ So soll es auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit keinesfalls darum gehen, eine Art Schablone einer Wirtschaftsordnung zu entwerfen, die dann womöglich - im normativen Sinne - als Ideallösung anzustreben wäre. Auch wenn sich keine „Blaupause“ entwerfen läßt, so ist es doch keineswegs so, als könne etwa überhaupt keine Orientierungshilfe gegeben werden. So geht es denn primär darum, die Grundelemente einer Wirtschaftsordnung vorzustellen, die in ihrem ökonomischen Kern auf einer Wettbewerbsordnung ordo-liberaler Prägung beruht, und der eine auf Gerechtigkeit, sozialen Frieden und breite Akzeptanz fußende Sozialordnung als gleichberechtigte Partnerin an die Seite gestellt wird. Da in jedem einzelnen der postsozialistischen Länder jeweils spezifische Transformationsbarrieren in sektoraler und regionaler sowie politischer und institutioneller Hinsicht zu überwinden sind, ist es zwingend geboten, einen transformationstheoretischen Entwurf vorzustellen, der einerseits weit genug ist, um als Gerüst für alle Länder dienen zu können, der andererseits jedoch gleichzeitig konkret und „trennscharf“ genug ist, um a) mehr als bloße Allgemeinplätze liefern und b) als Alternative zu dem bisher dominierenden neoklassisch-monetaristischen Ansatz dienen zu können.

1.1.2. Transformation und Reform

In der Diskussion um den Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft zu einer Marktwirtschaft werden die Begriffe Reform und Transformation in unterschiedlichster Weise - nicht selten sogar synonym - verwandt.⁴ Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll unter *Reform* eine Änderung einzelner Elemente bzw. Ordnungsformen *innerhalb* der bestehenden Wirtschaftsordnung verstanden werden. Bei einer *Transformation* hingegen handelt es sich um einen „Prozeß der für eine Wirtschaftsordnung konstituierenden Merkmale durch konstituierende Merkmale einer anderen Ordnung“ (Wentzel 1991, S. 163), also um den Übergang von einer Wirtschaftsordnung zu einer anderen i.S. einer *grundsätzlichen Umwandlung*. Bei der hier im Mittelpunkt stehenden *Transformation*

³ Ähnlich auch Newbery (1992, S. 63): „The essence of the transformation problem is to transform a Soviet-type economy and turn it into a market economy. While it is not difficult to describe the key features of a Soviet-type economy, the concept of a market economy encompasses a wide range of possible models.“ (Gleichwohl: „Nevertheless, they have some key features in common...“, ebd.).

⁴ So beispielsweise Wohlmuth (1992), der die Begriffe „Transformation“, „Systemreform“ und „Systemtransformation“ synonym verwendet: Da wird beispielsweise der „Transformationsprozeß durch ein Reformprogramm in Gang gesetzt“ und als „lern- und anpassungsfähiges System begriffen“, für das es lediglich eine „allgemeine Reformrezeptur“ gebe. Wenngleich er den drei o.g. synonym verwandten Begriffen immerhin den Terminus „Wirtschaftsreform“ gegenüberstellt - woraus man mit etwas gutem Willen auf das Begriffspaar „Transformation und Reform“ schließen kann - muß doch gefragt werden, wie man zu größerer Klarheit gelangen will, wenn schon auf der terminologischen Ebene eine derartig babylonische Vielfalt herrscht.

der Wirtschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa geht es i.S. der genannten Systematik also in erster Linie um den Übergang von Typ A nach Typ C. Entsprechend heißt es bei *Schüller* (1991b, S. 1/2): „Nur in den Übergängen von A nach C wird eine effektive Transformation gesehen, weil B1 und B2 wegen mehr oder weniger weitgehenden zentralen Preisregulierungen einerseits und der staatlichen bzw. gesellschaftlichen Eigentumsrechte andererseits einen so hohen staatswirtschaftlichen Regulierungsbedarf verursachen, daß beide Typen höchst instabil sind und entweder im Gravitationsfeld von A liegen oder in Richtung C1-C3 tendieren.“ O.g. Zusammenhang gilt im übrigen unbeschadet der Tatsache, daß sicherlich darüber diskutiert werden kann, ob zu Beginn der Transformation die Wirtschaftsordnungen bestimmter Länder - wie etwa diejenige Ungarns oder Jugoslawiens - nicht doch ebenso gut eher dem Typ B1 bzw. B2 zuzuordnen gewesen wären. Wie auch immer die Zuordnung einzelner Länder letztlich erfolgt - es ist eine Tatsache, daß auch bei Klassifizierung der meisten Länder bzw. deren Wirtschaftsordnung als „Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs“ eine detaillierte Bewertung des jeweils individuellen Ausgangszustands eine Vielzahl von Unterschieden zutage fördern würde. Das bedeutet: Es bestehen durchaus gravierende Unterschiede nicht nur hinsichtlich des von den einzelnen Ländern grundsätzlich anstrebaren Endzustandes der Transformation (unterschiedliche Ausprägungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung), sondern auch hinsichtlich des jeweils konkreten Ausgangszustandes der Transformation. Mit Blick auf eines der zu Beginn angesprochenen grundsätzlichen Probleme wird vor dem Hintergrund der o.g. Unterschiede hinsichtlich tatsächlicher Ausgangslage und potentiell anstrebbarer Endzustände (nochmals) deutlich, daß sich sowohl eine rein normative als auch eine rein positive Transformationstheorie verbietet - nach einer „Patentlösung“ wird man mithin vergeblich suchen.

1.2. Theoretische Grundlagen

1.2.1. Der Ausgangspunkt: Gibt es ein allgemeines Theoriedefizit?

Seit Beginn des Transformationsprozesses wurde und bis heute wird vielfach beklagt, „daß es weder im Osten noch im Westen eine interdisziplinär angelegte und empirisch gehaltvolle Theorie (...) der Transformation von Zentralverwaltungswirtschaft und politischer Diktatur in Marktwirtschaft und Demokratie gibt, die dann als Grundlage für wissenschaftlich erarbeitete Instrumente zur politischen Gestaltung der Transmission dienen könnte“ (*Gutmann* 1991, S. 63).⁵ Ist dies lediglich eine Feststellung oder als

⁵ Ähnlich äußert sich beispielsweise *Peterhoff* (1992, S. 30): „Eine allgemein anwendbare Theorie der Transformation im Sinne eines zeitlich und sachlich optimal abgestimmten Vorgehens steht auch westlichen Ökonomen (trotz mancher Attitüden) nicht zur Verfügung (... greift) doch die Transformation eines Gesellschaftssystems, in dem sogar die "Lebensweise" des einzelnen Menschen durch die Ideologie determiniert werden sollte, über den Bereich üblicher wirtschaftspolitischer Einwirkungsfelder weit hinaus.“ Bei *Kratz* und *Thieme* (1991, S. 409) heißt es: „(Eine) Transformationstheorie der Wirtschaftssysteme (...), aus der konsistente Strategien und Instrumentenbündel abgeleitet werden könnten (...), existiert jedoch gegenwärtig nicht.“ Als jüngeres Beispiel diene stellvertretend folgende Feststellung von *Backhaus* und *Schäfer* (1997, S. 11/12 u. S. 30): „Unfortunately, the political and economic sciences individually and collectively do not

Kritik zu verstehen? Träfe letzteres zu, wäre ein solcher Vorwurf berechtigt? Im nun folgenden Abschnitt soll zu dieser Frage kurz Stellung genommen werden, um eine Vorstellung darüber zu gewinnen, wie eine Theorie der Transformation grundsätzlich aussehen könnte bzw. welche Erwartungen und Ansprüche an eine solche Theorie berechtigerweise überhaupt gestellt werden können - und welche nicht.

Zweifellos kann die Bedeutung einer guten Theorie gerade für das Gelingen einer so komplexen Aufgabe, wie sie die Transformation ganzer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme darstellt, nicht hoch genug eingeschätzt werden. Treffend heißt es bei *Leipold* (1992a, S. 73): „Without an adequate theory a successful transition is hardly possible.“ Es muß allerdings erlaubt sein, darauf hinzuweisen, daß mit derselben Verve und Häufigkeit, mit der bisweilen die „Theorielosigkeit“ der Wissenschaft im Zusammenhang mit der Systemtransformation behauptet bzw. beklagt wird, ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, daß die in Mittel- und Osteuropa anstehende Transformationsaufgabe in ihrem Gesamtumfang eine Herausforderung ohne historisches Beispiel ist: „Die Reformstaaten Ost- und Ostmitteleuropas haben mit dem Umbau ihrer politischen und wirtschaftlichen Ordnung ein Projekt in Angriff genommen, für das es in der Geschichte moderner Gesellschaften kein Beispiel gibt“ (*Wiesenthal* 1995, S. 532).

Es darf wohl mit einiger Berechtigung davon ausgegangen werden, daß dieses Zusammenfallen von „Theorielosigkeit“ und „historischer Beispiellosigkeit“⁶ keinesfalls zufällig ist, denn schließlich haben sich Wissenschaftler in ihrer theoretischen Forschungsarbeit und ihrem Erkenntnisinteresse zu allen Zeiten von sog. „praktischen Problemen“ inspirieren und leiten lassen; so sind sie immer (auch) Kinder ihrer jeweiligen historischen Zeit. Dies gilt selbstverständlich auch für die Vertreter der Wirtschaftswissenschaft: So wären beispielsweise *Marxens* Theorien ohne das damalige wirtschafts- und sozialhistorische Umfeld des blühenden Kapitalismus sowie des durch diesen erstmals in konzentrierter Form sichtbar gewordenen und nicht minder blühenden sozialen Elends ebenso undenkbar wie die *Keynessche* „General Theory“ ohne den „Great Crash“ und die Weltwirtschaftskrise mit Millionen von Arbeitslosen. Dieser Zusammenhang läßt sich kaum treffender zum Ausdruck bringen, als es etwa *Kuhn* mit seiner

have the necessary theoretical and methodological instrumentarium to come up with clear and precise recommendations as to what strategies of change could make this transformation process stable and lead to the common goal, the establishment of a democratic system with a market economy (...). There is still no generally agreed upon theory of the transformation of economic systems from central planning in physical units to decentral market coordination.“

⁶ Bemerkenswerterweise gab es trotz dieses Mangels an transformationsspezifisch-historischem und theoretischem Wissen - insbesondere zu Beginn des Transformationsprozesses - erstaunlich viele Berater, die nur wenig Hemmungen hatten, in Mittel- und Osteuropa als „Transformationsexperten“ aufzutreten und dort ihre „Patentrezepte“ feilzubieten. Entsprechend kritisch heißt es bei *Trillenbergs* (1992, S. 61): „Schon seit einiger Zeit bieten sich Vertreter unterschiedlicher Marktwirtschaftskonzeptionen in Osteuropa als Berater für Transformationsprozesse an. Unerklärlich ist, woher sie ihre 'Erfahrungswerte' nehmen. Es gab bisher noch keine erfolgreich abgeschlossene Transformation von Plan- in Marktwirtschaften. (...) Es bietet sich bisher noch keine anerkannte (...) Transformationstheorie als Grundlage für seriöse Beratungen an.“

Feststellung getan hat, „daß Krisen eine notwendige Voraussetzung für das Auftauchen neuer Theorien sind“ (*Kuhn* 1976, S. 90).⁷

So mag man denn das Fehlen einer in sich geschlossenen und „allumfassenden“ Theorie der Systemtransformation bedauern und beklagen, ein berechtigter Vorwurf an die (Wirtschafts-)Wissenschaft läßt sich daraus jedoch kaum konstruieren; es sei denn, es gäbe jemanden, der seit jeher, verstärkt aber gegen Mitte und Ende der achtziger Jahre dieses Jahrhunderts, glaubhaft und überzeugend das friedliche Ende des „real existierenden Sozialismus“ zur Jahreswende 1989/1990 prophezeit hätte. *Oberg* (1993, S. 130) bringt dies auf den Punkt: „Machen wir uns nichts vor: Wer hat vor fünf Jahren (1988, T.B.) geglaubt, daß es irgendwann einmal eine Wiedervereinigung Deutschlands geben wird, oder wer hat geglaubt, daß sich das sozialistische System so sang- und klanglos in Osteuropa verabschieden würde?“⁸ Eine Theorie, die dem Anspruch genügen soll, eine Theorie der Transformation zu sein, kann also berechtigterweise erst dann erwartet werden, wenn sich die Transformationsaufgabe in concreto stellt.⁹

Wenngleich nun also die Tatsache, daß es keine allgemeine oder gar empirisch abgesicherte Theorie der Sytemtransformation gibt (wie auch - nachdem erst wenige Jahre vergangen sind, die der empirischen Absicherung hätten dienen können?¹⁰), vor dem Hintergrund der o.g. Argumente nicht ausreicht, der Wissenschaft insgesamt völliges Versagen vorzuwerfen - für eine vollständige „Amnestie“ besteht indes ebensowenig Anlaß. Dies gilt nicht zuletzt für die Wirtschaftswissenschaften im allgemeinen und die systemvergleichende Forschung im besonderen: Es mutet in der Tat etwas merkwürdig

⁷ In seinem Werk „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“ entwickelt *Kuhn* eine Theorie der Wissenschaftsentwicklung und prägt den Begriff des „Paradigma-Wechsels“. Dieser ist für seinen Entwurf von zentraler Bedeutung und hat, wie etwa *Schmidt* (1981) hervorhebt, „den Einzelwissenschaften starke Impulse gegeben, sich stärker (...) für die Entwicklungsbedingungen der eigenen Geschichte zu interessieren.“

⁸ Ähnlich auch *Novy* (1990, S. 7): „Gab es schon keine ernsthafte Theorie der Transformation einer kapitalistischen in eine sozialistische Ordnung, obwohl das Thema realpolitisch seit knapp 75 Jahren immer wieder anstand, so gibt es für den umgekehrten Prozeß nun keinerlei Konzeptualisierung. Eine Transformation von bürokratischem Sozialismus in eine mehr oder weniger kapitalistische Marktwirtschaft stand ja auch nicht auf der historischen Tagesordnung.“

⁹ Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der meisten postsozialistischen Länder in den ersten Jahren der Transformation ließe sich - noch einmal auf das o.g. Zitat von *Kuhn* bezugnehmend - gleichsam mit einer Prise Zynismus feststellen: Die Transformations-Krise ist da, mit einer Transformations-Theorie wäre also in Bälde zu rechnen...

¹⁰ Dies betont auch *Wagner* (1991, S. 36): „Eine ausgereifte Theorie des Systemwandels (bezogen aus Osteuropa) ist (...) nicht in Sicht. Dies ist nicht verwunderlich. Denn es handelt sich hier um etwas, was zum großen Teil noch im Entwicklungsprozeß ist. Das heißt, der Systemwandel hat (...) erst begonnen!“ Ähnlich *Rupf*, *Schimmelmann* und *Stall* (1993, S. 127): „Vor dem Hintergrund einer überprüften Transformationstheorie können sich Diskussionen über die Reformprozesse in Osteuropa kaum bewegen. Auch ist daran zu erinnern, daß die systemvergleichende Wirtschaftsbeobachtung der vergangenen Jahrzehnte vom Zusammenbruch der sozialistischen Volkswirtschaften Osteuropas eher überrascht wurde, als daß sie ihn deutlich und früh vorausgesehen hätte. Bescheidenheit im theoretischen Anspruch, der sich daraus ergibt, darf aber gleichwohl nicht zu einem Verzicht auf zumindest theoretische Überlegungen führen.“

an, daß auch und gerade diese Disziplin zu Beginn der Transformation nicht zumindest über „Schubladen-Modelle“ einer entsprechenden Theorie verfügte, obwohl einige ihrer namhaftesten Vertreter bereits vor langer Zeit nachdrücklich auf die systemimmanenten Schwächen zentralgeleiteter Wirtschaftssysteme hingewiesen, ja sogar die „Unmöglichkeit“ ihres Funktionierens bzw. Überlebens behauptet hatten (man denke beispielsweise nur an die einschlägigen Arbeiten von Hayeks und von Mises¹¹).

Diesen Vorwurf - und damit letztlich auch die o.g. These von der grundsätzlichen „Krisen-Bestimmtheit“ neuer Theorien - relativierend, sei an dieser Stelle der Vollständigkeit bzw. „historischen Redlichkeit“ wegen darauf hingewiesen, daß es in Deutschland schon recht früh erste Ansätze transformationstheoretischer Überlegungen gegeben hat. Diese standen im Zusammenhang mit dem grundsätzlichen Ziel einer zukünftigen deutschen Wiedervereinigung - insofern war so mancher Aspekt des späteren Sonderfalls der (ost-)deutschen Transformation bereits in Grenzen durchaus „vorgedacht“. Eine wahre Fundgrube in diesem Zusammenhang sind etwa die (offiziellen) Tätigkeitsberichte des am 24. März 1952 ins Leben gerufenen Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen (erster Bericht 1954; zweiter Bericht 1957; dritter Bericht 1961). Dem Forschungsbeirat wurden „zu Beginn seiner Tätigkeit zwei Aufgaben gestellt: (Erstens) eine Klärung der Lage in den einzelnen Wirtschaftszweigen, ihrer Entwicklung, ihrer Kapazitäten sowie ihrer gegenwärtigen Organisation und der für sie geltenden Prinzipien der Wirtschaftsordnung (sowie zweitens, T.B.) die Erstellung eines Sofortprogramms, d.h. die Vorbereitung aller derjenigen Maßnahmen, die im Falle einer Wiedervereinigung alsbald, also etwa innerhalb des ersten Jahres, notwendig sein würden. (...). Im Forschungsbeirat herrschte Einigkeit darüber, daß die sowjetzonale Zwangswirtschaft und damit auch das System der Planaufgaben mit der Wiedervereinigung zu beseitigen sind (...und daß) eine sofortige Umgestaltung des Wirtschaftssystems zur Schaffung der Voraussetzungen einer marktgerechten Produktion auf möglichst hohem Niveau und zur Verbesserung der Versorgung unbedingt notwendig sei.“ Ferner wurde „die Sicherung der Kontinuität der Produktion und der Arbeitsplätze“ angestrebt, die „ausser der Änderung der Stellung des Staates in der Wirtschaft auch eine Änderung der Verhältnisse in den Betrieben und in den zwischenbetrieblichen Beziehungen“ erfordere (*Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands: Tätigkeitsbericht 1952/1953 (vertraulich)*, S. 8 und S. 32). Im dritten (offiziellen) Forschungsbericht findet sich ein Hinweis darauf, daß das Gelingen der Wiedervereinigung insgesamt die Lösung bzw. Erfüllung zweier Aufgaben zur Voraussetzung habe, von denen die eine als notwendige und die andere als hinreichende Bedingung angesehen werden kann: Die „vollständige Wiedervereinigung“ bedürfe der *Transformation* und der *Integration*: „Die Transformation der sowjetzonalen Wirtschaft ist zwingende Voraussetzung für die Bewältigung der anderen Aufgabe der ökonomischen Wiedervereinigung, nämlich für die Zusammenführung, für die eigentliche wirtschaftliche Integration (...). Während die Transformation im wesentlichen eine

¹¹ Vgl. etwa von Mises (1920) sowie seine weiteren Beiträge zum „Problem der sozialistischen Wirtschaftsrechnung“ in den Jahren 1923/1924 und 1928, ebenfalls im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*; beispielhaft von Hayek (1945) sowie weitere Beiträge im Sammelband von Hayek (1976).

Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, entsteht Integration durch einen Prozeß, der zwar von der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen, von der Wirtschaft selbst aber zu vollziehen ist.“ (*Forschungsbeirat...* 1961, S. 19).¹²

Daß der Transformationsprozeß wie jedes in historischer Zeit stattfindende Ereignis einmalig und unwiederholbar ist, wurde bereits erwähnt; daß dieser Vorgang sowie die dadurch entstandenen Probleme zudem hochkomplex sind ist, scheint die Aufgabe eines möglichst umfassenden Entwurfs einer Transformationstheorie nicht unbedingt zu vereinfachen. So dürfte denn „mit Blick auf die epochale Einmaligkeit und Einzigartigkeit der sich in den ehemaligen sozialistischen Ländern vollziehenden gesamtgesellschaftlichen Transformation der Zeitpunkt der Theoriebildung noch immer nicht gekommen sein“ (*Wollmann, Wiesenthal und Bönker* 1995, S. 26).¹³

1.2.2. Das Problem: Die Komplexität des Transformationsphänomens

1.2.2.1. Das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ von politischer und wirtschaftlicher Transformation

Die wenigen Anmerkungen des obigen Abschnitts lassen bereits erahnen, daß eine ausführliche Diskussion darüber, ob der gegenwärtige Transformationsprozeß in Mittel- und Osteuropa denn nun wirklich „historisch einmalig“ sei oder nicht, letztlich wenig fruchtbar zu werden verspricht. Eines läßt sich indes - gleichsam als versöhnlicher Kompromiß - allemal feststellen: „Die *simultane* Einführung von politischen und wirt-

¹² Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich meinem Freund und großartigen „Sparringspartner“ in Transformationsfragen, Dr. Ralf L. Weber. Bei Hensel (1992, S. 178/179) findet sich eine nahezu wortgleiche Formulierung: Er spricht ebenfalls von „zwei großen Aufgaben, die im Prozeß der Wiedervereinigung zu erfüllen wären. Erstens wäre die Wirtschaftsordnung der DDR zu transformieren, und zweitens wären die Wirtschaftsprozesse dieser beiden Gebiete zu integrieren. (...) Während die *Transformation* der Wirtschaftsordnung der DDR eine wirtschaftspolitische Aufgabe (...der gesamtdeutschen Regierung) wäre, müßte die *Integration* der Wirtschaftsprozesse (...) von den wirtschaftenden Menschen selber besorgt werden.“ (Nota: Es ist übrigens davon auszugehen, daß diese Ähnlichkeit keinesfalls zufällig ist; höchstwahrscheinlich stammt die Formulierung des Forschungsbeirats von Hensel selbst - er war im Winter 1953/1954 in den sog. „Forscherkreis“ des Forschungsbeirats berufen worden.). Dieser hier auf die deutsche Wiedervereinigung beschränkte Hinweis scheint mir vor dem Hintergrund des „institutionellen Interregnums“ von grundlegender und allgemeiner Bedeutung zu sein. Hensels Einschätzung erfährt im übrigen eine eindrucksvolle Bestätigung: „Der Transformationsprozeß in Ostdeutschland wurde durch den Prozeß der deutschen Einigung von einer umfassenden Übertragung des bundesrepublikanischen (...) Systems geprägt und überlagert. Wir haben es also genaugenommen mit zwei Prozessen zu tun, einerseits mit der *Transformation* des real-sozialistischen Systems der DDR und andererseits mit der *Integration* Ostdeutschlands in das (...) System der Bundesrepublik“ (*Eisen* 1996, S. 40). (Um die Hinweise auf deutschsprachige Arbeiten aus der „Vor-Transformationszeit“ abzuschließen, sei ferner sei noch verwiesen auf *Propp* 1964).

¹³ Ähnlich - wengleich einige Jahre zuvor - äußerte sich beispielsweise *Watrin* (1990, S. 28): Angesichts der Komplexität des Transformationsphänomens insgesamt sowie der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Ländern spräche nach seiner Auffassung „daher einiges dafür, das Projekt einer Theorie der Transformationsprozesse vorerst zu vertagen.“

schaftlichen Reformen (eines solchen Ausmaßes, T.B.) ist ohne Vorbild in der Geschichte" (Losoncz 1993, S. 157). Dort heißt es weiter: „Doch die rationalen Erfordernisse der *politischen* Reformen unterscheiden sich wesentlich von den rationalen Erfordernissen der *wirtschaftlichen* Reformen. Diese Tatsache beengt den Spielraum der Wirtschaftspolitik. In einer pluralistischen Gruppendemokratie können nämlich nur solche Entscheidungen getroffen werden, die die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung haben" (Hervorhebungen von mir).¹⁴

Mit dieser Feststellung - der sicherlich alle an der o.g. Diskussion um die historische Einmaligkeit im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners werden zustimmen können -, ist denn auch ein grundsätzliches Problem der Systemtransformation angesprochen, das für die Komplexität der Gesamtaufgabe maßgeblich mit verantwortlich ist. Gemeint ist ein Phänomen, das man mit *Wiesenthal* (1995, S. 524) als die „Inkompatibilität der Wirkungen von Demokratie und der Erfolgsvoraussetzungen von Marktwirtschaft“ bezeichnen könnte: „Es gibt keinen historischen Präzedenzfall, in dem eine demokratisch zustande gekommene und um ihre Wiederwahl besorgte Regierung in einem derartigen Umfang und gegen die manifesten Egalitätspräferenzen der Bevölkerung die Marktallokation von Existenzchancen einzuführen plante.“ So fanden die bisherigen Versuche grundlegender Wirtschaftsreformen entweder isoliert, d.h. *ohne* gleichzeitige gravierende politische Veränderungen statt. Oder aber die politischen Veränderungen - so es denn welche gab - hatten in *gewaltsamer* Form (etwa durch eine Revolution) im unmittelbaren Vorfeld der dann von den neuen Machthabern beschlossenen Wirtschaftsreformen stattgefunden. In jedem Fall aber wurde die neue Wirtschaftsordnung autoritär von oben dekretiert und nicht selten gewaltsam durchgesetzt. Insofern ist das aktuelle Projekt einer *friedlichen Simultan-Transformation* von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in den vormals sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas tatsächlich ein Novum. Dies wird im übrigen besonders deutlich, wenn man einen Blick auf diejenigen Transformationsprozesse im 20. Jahrhundert wirft, in denen der umgekehrte Weg beschritten, d.h. die Umwandlung einer grundsätzlich auf marktlicher Ko-

¹⁴ Zu der hiermit angesprochenen grundlegenden Frage, vermittelt welcher politischen Ordnung eine marktwirtschaftliche Ordnung wohl am besten herbeigeführt und auf Dauer erfolgreich stabilisiert werden kann, vgl. jüngst etwa: *Pies* (1997, S. 41-69). Wie Umfrageergebnisse bestätigen, waren und sind die meisten Menschen in den Transformationsländern davon überzeugt, daß Demokratie und Marktwirtschaft in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen; es ist davon auszugehen, daß bei dieser Einschätzung die wirtschaftlich hochentwickelten westlichen Industrienationen als Referenzmodell Pate gestanden haben. Vor dem Hintergrund dieser „Vorbilder“ erhofft man sich von der Demokratie stabile politische Verhältnisse und ein gesamtgesellschaftliches „Klima“, das als wesentliche Voraussetzung einer raschen wirtschaftlichen Gesundung angesehen wird. Zu dieser Einschätzung ließe sich im übrigen auch - gleichsam im Umkehrschluß - gelangen, wenn man die Ergebnisse empirischer Forschung heranzieht, die die Schlußfolgerung nahelegen, daß politische Instabilität sich negativ auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bzw. wirtschaftliches Wachstum eines Landes auswirkt (vgl. etwa *Barro* 1991); grundlegend in diesem Zusammenhang ferner: *Lambertz* (1990).

ordination und Privateigentum beruhenden in eine staatliche Zentralplanwirtschaft betrieben wurde: Diese wurden sämtlich autoritär durchgesetzt.¹⁵

Dies ist gegenwärtig in Mittel- und Osteuropa völlig anders: Mit dem Versuch der friedlichen Etablierung ökonomischer bzw. materieller Ungleichheit (durch die Einführung marktwirtschaftlich-preisgesteuerter Steuerung im ökonomischen Bereich) bei *gleichzeitiger* Gewährung politischer bzw. formeller Gleichheit (durch Einführung von Demokratie für Willensbildung und Entscheidung im politischen Bereich) wird ein Grundproblem der Transformation angesprochen, das *Offe* (1991) einmal sehr treffend als „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ charakterisiert hat. Andere Autoren äußerten gar die Überzeugung, daß dieses Dilemma nicht aufzulösen, d.h. die gleichzeitige Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie schlicht „unmöglich“ sei.¹⁶ Diese Skepsis erschien durchaus angebracht, ist doch der Prozeß der Systemtransformation - insbesondere zu Beginn - für eine Vielzahl von Menschen mit erheblichen Problemen und Einbußen verbunden: Leidet die Mehrheit der Bevölkerung darunter, ist davon auszugehen, daß diese von ihren neugewonnenen politischen Freiheiten in Form demokratischer Wahlrechte Gebrauch machen und die jeweilige Regierung, die sie für die Misere verantwortlich macht, bei nächster Gelegenheit durch Abwahl aus der Verantwortung entlassen wird. Die politischen Entscheidungsträger werden dies schwerlich vermeiden können, da davon auszugehen ist, daß sich verschiedene Interessengruppen („pressure groups“) herausbilden werden und nicht alle führenden Lobbyisten bzw. die von diesen vertretenen Interessen gleichermaßen werden bedient werden können. Von manchen Vertretern der gradualistischen Strategie ist bisweilen darauf hingewiesen worden, daß eine solche Aufsplitterung in verschiedene pressure groups gar nicht zu erwarten sei; dies wurde mit dem Hinweis darauf begründet, daß der Umsturz des alten Systems doch schließlich auch ein den meisten Menschen gemeinsames Ziel gewesen sei. Insofern habe die sog. „*Olson-These*“ ausgedient, nach der es nicht nur keinesfalls selbstverständlich, sondern in der Regel sogar höchst unwahrscheinlich sei, daß durch ein gemeinsames Ziel verbundene Gruppen von Menschen es tatsächlich schaffen, dieses gemeinsame, sie verbindende Ziel zu erreichen (vgl. *Olson* 1968). Freilich kann nicht bestritten werden, daß der durch gemeinsame Anstrengungen vieler Menschen letztlich auf friedlichem Wege erreichte und kaum für möglich gehaltene Umsturz der früheren sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme in Mittel- und Osteuropa der *Olson-These* von der „Logik des kollektiven Handelns“ auf den ersten Blick zu widersprechen

¹⁵ Vgl. hierzu *Wentzel* (1995, S. 3) sowie ferner *Wagener* (1990, S. 100 f.). Im übrigen fand so manche gewaltsame Transformation gar auf entsprechender theoretischer Grundlage statt: So ließ etwa Nikolai *Bucharin* in seinem 1920 erschienenen Werk „Die Ökonomik der Transformationsperiode“ (Neuaufgabe - „mit Randbemerkungen von Lenin“: Berlin 1990) „keinen Zweifel daran, daß die Überführung des ‘alten Apparates’ auf ein ‘neues Geleise’ (...) nicht unter dem System von freien Wahlen, von Koalitions- und Meinungsfreiheit gelingen, sondern nur in Form einer ‘brutalen Konfiskation’ vollzogen werden könne“ (*Schüller* 1991b, S. 3. Nota: In diesem Zusammenhang verweist *Schüller* (ebd., S. 2) darauf, daß *Bucharin* sich „beiläufig (gar, T.B.) über die friedlichen Transformationsvorstellungen von Franz *Oppenheimer* und Otto *Bauer* lustig gemacht“ habe).

¹⁶ *Elster* Jon: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform, in: *Ploszajaski*, Piotr (ed.): *Philosophy of Social Choice*, Warsaw, S. 309-316.

scheint. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß nach dem erfolgreichen Umsturz nun für alle die Karten neu gemischt werden, d.h., der Boden für die Aufgabe eines großen gemeinsamen Interesses zugunsten verschiedener Gruppeninteressen bestellt und damit dem *Olson*-Argument wieder zugänglich war: Das vormalige, von vielen Menschen gemeinsam angestrebte Kollektivgut „Transformation“, das anfangs ein einfaches Zielsystem aufwies, änderte nach erfolgreichem Start - Umsturz des alten Systems - plötzlich seinen Charakter und verwandelte sich in ein multipolares Zielsystem - mit den entsprechenden Folgen für die Möglichkeit zur Herausbildung verschiedener Interessengruppen geringeren Umfangs und deren Einflußnahme auf den politischen Willensbildungsprozeß (vgl. *Cassel* 1992). Die Interessengruppen in den Transformationsländern rekrutieren sich in erster Linie aus Vertretern der früheren, „meist parteigebundenen, staatsbürokratischen Planungs-, Lenkungs- und Kontrollinstanzen; (...es entsteht, T.B.) eine so komplexe Vielfalt von Interessen, daß (...) eine enge ökonomische Erklärung von Reform- und Transformationsvorgängen nicht befriedigen kann“ (*Schüller* 1991, S. 3; vgl. in diesem Zusammenhang ferner *Herrmann-Pillath* 1991). Mit Blick auf rivalisierende Interessengruppen und deren Einfluß auf die (Wirtschafts-)Politik stellte *Walter Eucken* (1952/1990, S. 13) bereits vor fast einem halben Jahrhundert fest: „Es ist nicht etwa nur die Wirtschaft, aus der heraus sich das ordnungspolitische Problem ergibt, sondern auch die Veränderung der politisch-gesellschaftlichen Lage.“ (Auf diese grundsätzlichen Fragen der Systemtransformation und ihre Behandlung durch die Theorie wird an späterer Stelle noch ausführlich einzugehen sein.)

1.2.2.2. Zur Notwendigkeit einer interdisziplinären Transformationstheorie

Es kann nicht oft genug betont werden, daß - wie auch im letzten Abschnitt dargelegt - „die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft kein rein ökonomisches Phänomen (ist). Sie ist daher auch nicht ausschließlich mit ökonomischer Theorie hinreichend analysierbar“ (*Dubrowsky* 1993, S. 204). Daraus folgt, daß die von der Wissenschaft geforderte „umfassende“ Transformationstheorie nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit entstehen und von einer fruchtbaren Kooperation zwischen Ökonomen, Soziologen, Juristen, Historikern, Politologen und wohl auch Psychologen erwartet werden kann.¹⁷ Nun ist verständlich, daß sich Wissenschaftler bei der Beschäftigung

¹⁷ Die Forderung nach einer interdisziplinären Transformationstheorie wird von verschiedener Seite erhoben. Für die „Zunft“ der Ökonomen seien hier beispielhaft und ausführlich entsprechende Äußerungen zweier Autoren zitiert: „Ein Kernproblem der theoretischen Analyse (von Transformationsprozessen, T.B.) stellen die ebenso engen wie komplexen Beziehungen zwischen der wirtschaftlichen, der rechtlichen, der politischen und der gesellschaftlichen Ordnung dar. In Übergangsphasen werden die meisten Rahmenbedingungen des Wirtschaftens, die Wirtschaftswissenschaftler gemeinhin zu den ‚gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten‘ rechnen, zu interdependent bestimmten Variablen. Vielschichtigkeit und Komplexität des Geschehens bedingen interdisziplinäres Forschen. Gefordert sehen sich zunächst freilich die ökonomische Theorie und die Theorie der Wirtschaftspolitik, insbesondere die traditionelle Lehre von den Wirtschaftssystemen, auch die Neue Ökonomische Institutionenlehre. Angesprochen sind zudem die Rechts- und Gesellschaftswissenschaften, ferner die Wirtschafts- und die Zeitgeschichte. Eine systematische Untersuchung der Transformation wird sich nicht allein um die Bildung theoretischer Modelle bemühen, sondern sich vor allem mit den historischen Fällen des Systemwandels be-

mit dem Transformationsproblem auf die jeweils „eigene“ Disziplin beschränken (müssen), auch wenn sie von der Notwendigkeit interdisziplinärer Forschung überzeugt sind. Solange sie dies jedoch auf undogmatische Weise tun, d.h. ihren Kopf heben, um - gleichsam als interessierte Laien - über den Tellerrand ihres Faches hinaus einen Blick in andere Disziplinen zu werfen, solange ist eine solche Beschränkung m.E. nicht nur tolerierbar, sondern sogar wünschenswert und unabdingbar notwendig, wenn man überhaupt zu einem verwertbaren (Teil-) Ergebnis kommen will. Gelänge dies einer jeden Teildisziplin, so könnte irgendwann - durch verständige Zusammenführung bzw. Verknüpfung der unterschiedlichen Teilergebnisse - eine Transformationstheorie entstehen (bzw.: zusammengestellt werden), deren Fragmente dann jeweils gebildet würden von einer ökonomischen, einer soziologischen, einer politologischen etc. Theorie der Transformation. Gegenwärtig freilich muß die Forderung nach einer solchen Theorie noch als frommer Wunsch gelten und in den Bereich der Utopie verwiesen werden.¹⁸

1.2.2.3. Bausteine einer ökonomischen Theorie der Transformation

Der Verfasser der vorliegenden Arbeit ist Ökonom und möchte folgerichtig seine Schrift als Entwurf einer *ökonomischen* Theorie der Transformation verstanden wissen. Vor dem Hintergrund der „eigentlich“ notwendigen Interdisziplinarität einer Transformationstheorie ist er sich der mit einem solchen, primär auf die ökonomischen Zusammenhänge konzentrierten Theorieentwurf unvermeidlich verbundenen Einschränkungen und Unzulänglichkeiten sehr wohl bewußt. Dies ist jedoch ein Problem, dem niemand ausweichen kann, der es vorzieht, lieber von etwas zumindest ein wenig zu verstehen - und weiterzugeben - als von vielem im Grunde nichts. Auch der in diesem Zusammenhang - gerade vor dem Hintergrund der realiter bestehenden komplexen Zusammenhänge und Verflechtungen zwischen ökonomischen und außer-ökonomischen Phänomenen - gern geäußerte Vorwurf der zu starken Abstraktion trifft mich nicht zu hart; ein gewisses Mindestmaß an Abstraktion ist so sinnvoll wie notwendig und angesichts der Komplexität des Themas letztlich auch unvermeidlich. Schließlich ist es - wie bereits eingangs dieser Arbeit zitiert - „die große Lehre der Wissenschaft, daß wir zum Abstrakten Zuflucht nehmen müssen, wo wir das Konkrete nicht meistern können. Das Konkrete

fassen wollen; ihr Anliegen wird sein, möglichst zu allgemein gültigen Aussagen zu gelangen“ (Kloten 1991, S. 12). Ähnlich Wagner (1991, S. 35): „In einer Theorie des Systemwandels (...) ist die Interdependenz zwischen ökonomischem, politischem und soziokulturellem System (...) zu berücksichtigen. (...). Eine Theorie des Systemwandels in Osteuropa bedarf eines weiteren als nur eines ökonomischen Erklärungsansatzes. Zum einen handelt es sich dort um einen Gesellschaftswandel und nicht nur um einen Austausch von Wirtschaftssystemen. Zum anderen (...) könnten traditionelle Forschungsschwerpunkte und Sichtweisen innerhalb anderer Sozialwissenschaften (...) durchaus fruchtbar mit integriert werden. Im Grunde müßte eine (zufriedenstellende) Theorie des Systemwandels in Osteuropa eine gesamtgesellschaftliche Theorie sein, die die Interdependenzen verschiedener gesellschaftlicher Subsysteme ins Zentrum stellt.“

¹⁸ So auch Wohlmuth (1992, S. 37): „Immer wieder wird betont, daß es noch keine Theorie der Systemtransformation gibt (...). Angesichts der Tatsache, daß eine solche Theorie einen äußerst multidimensionalen Charakter aufweisen müßte, ist es wenig erstaunlich, daß bisher keine fundierten Ansätze in diesem Bereich existieren. Die ökonomische Theorie allein wird kaum als Grundlage für eine Theorie der Systemtransformation ausreichen.“

vorziehen bedeutet, auf die Macht zu verzichten, die uns das Denken gibt“ (*Hayek* 1969, S. 45/46).

Beim Versuch des Entwurfs einer ökonomischen Transformationstheorie kann m.E. durchaus auf einige „Bausteine“ zurückgegriffen werden, die die traditionelle Wirtschaftstheorie bereithält. So gibt es beispielsweise, wie *Peterhoff* (1992, S. 30) treffend feststellt, eine „aussagefähige Ordnungstheorie (...sowie...) durch Erfahrung gesicherte Erkenntnisse der Wirkungen und Wechselwirkungen wirtschaftspolitischer Instrumente“, d.h. „Einsichten in die Stärken und Schwächen alternativer Systeme der Koordination von Wirtschaftsplänen, in die Wechselwirkungen zwischen staatlichem und privatem Sektor, in die Rolle des Privateigentums (...), in die Allokationsfunktion des Preisystems, in die Effizienzkriterien der makroökonomischen Politik und so fort“ (*Kloten* 1989, S. 101). Diese Erkenntnisse wurden - insbesondere in Teilen der deutschsprachigen Transformationsliteratur - durchaus bereits genutzt. Anders verhält es sich jedoch mit den Erkenntnissen der Innovations- und Unternehmertheorie, der Markt- und Wettbewerbstheorie usw. - Autoren wie *Schumpeter* und *Kirzner* wurden bereits genannt -, die bisher nicht in hinreichendem Maße Eingang in die Transformationsforschung gefunden haben.¹⁹ Ein weiterer interessanter Ansatz könnte etwa darin bestehen, das Marktphasenschema von *Heuß* (1965) auf den Transformationsprozeß anzuwenden.²⁰

Zeit ist ein knappes Gut - dieser Umstand ist auch und insbesondere mit Blick auf den Transformationsprozeß von Bedeutung; vor diesem Hintergrund erklärt sich im übrigen die Vielzahl der Beiträge, in denen der Transformationsprozeß in unterschiedlichste Zeitphasen eingeteilt wird; die diversen Phasenschemata dokumentieren das Bemühen, den Faktor *Zeit* angemessen zu berücksichtigen bzw. besser in den Griff zu bekommen.²¹

¹⁹ Auf eine bemerkenswerte Ausnahme sei gleichwohl hingewiesen: Es handelt sich um den hochinteressanten Beitrag von *Hartwig, Karl-Hans, Erich Staudt, Sibylle Bestel und Martin Rahe* (1998), auf den an späterer Stelle noch in aller Kürze eingegangen werden wird; leider wurde ich auf diesen Beitrag (incl. einiger vielversprechender Nachweise) erst unmittelbar vor Drucklegung dieser Schrift aufmerksam.

²⁰ Einen solchen Versuch unternehmen beispielsweise *Hartwig* (1997 und 1997a) sowie *Hartwig et al.* (1998). Nota: Zwar wird im Rahmen der vorliegenden Arbeit noch ausführlich auf das *Heußsche* Phasenschema eingegangen werden, gleichwohl sei bereits an dieser Stelle folgender Hinweis erlaubt: Dem von *Heuß* vorgestellten Schema liegt eine *Einzelmarkt Betrachtung* zugrunde, d.h., die einzelnen Phasen sind gleichsam als Etappen der Entwicklung bzw. des „Lebenszyklus“ eines bestimmten einzelnen Marktes zu verstehen. Die Wechselwirkungen und Verknüpfungen mit vor- und nachgelagerten Märkten bleiben außer Ansatz. Diesen Umstand gilt es stets „im Hinterkopf“ zu behalten, wenn das *Heußsche* Modell im Rahmen einer Analyse transformationsspezifischer Probleme Anwendung finden bzw. eine gesamtwirtschaftliche Perspektive eingenommen und - im Analogieschluß - etwa die ganze Volkswirtschaft eines Transformationslandes dem *Heußschen* Einzelmarkt „gleichgesetzt“ werden soll.

²¹ Zum Faktor „*Zeit*“ sowie zur Phaseneinteilung des Transformationsprozesses siehe etwa folgende Arbeiten: *Krakowski* (1991), *von Delhaes und Fehl* (1991), *Lösch* (1992) sowie *Kloten* (1993); ferner sei hingewiesen auf das Vier-Phasen-Schema des Ungarn *Kádár*, das zwar sehr grob, gleichwohl recht aufschlußreich ist, weil es ausdrücklich zwischen der Transformation des Politischen Systems (Phase 1) und des ökonomischen Systems (Phase 2) unterscheidet. Als weitere Phasen werden genannt: Die Phase der Krisenbewältigung